



Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

82. Sitzung (öffentlich)

2. Dezember 2025

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:12 Uhr bis 16:06 Uhr

Vorsitz: Dietmar Brockes (FDP) (stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Vanessa Kriele

Verhandlungspunkt:

NRW muss funktionieren – die Chemieregion Europas stärken, Standortbedingungen verbessern, Wohlstand der Zukunft schaffen

3

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/15581

– Anhörung von Sachverständigen (*siehe Anlage*)

* * *

NRW muss funktionieren – die Chemieregion Europas stärken, Standortbedingungen verbessern, Wohlstand der Zukunft schaffen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/15581

– Anhörung von Sachverständigen (*siehe Anlage*)

Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle herzlich zu dieser Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie, ganz besonders die Sachverständigen. Darüber hinaus heiße ich alle Zuhörerinnen und Zuhörer, einschließlich der Medienvertreterinnen und Medienvertreter willkommen. Ich bedanke mich im Namen des Ausschusses bei allen Sachverständigen herzlich für die eingereichten Stellungnahmen und die Anwesenheit heute.

Aus Zeitgründen ist keine mündliche Zusammenfassung der Stellungnahmen vorgesehen. Vielmehr gehen wir davon aus, dass die Abgeordneten diese ausgewertet haben und nun gezielt Fragen zur Vertiefung stellen. Wir werden dabei folgendermaßen vorgehen: In einer ersten Runde kann jede Fraktion eine Frage an je einen Sachverständigen richten. In der Antwortrunde werden die Angesprochenen die Fragen dann beantworten können. Für die Beantwortung stehen jeweils maximal drei Minuten zur Verfügung. Wenn mehrere Fragen an einen Sachverständigen gestellt werden, kumuliert sich die Antwortzeit. Anschließend folgt die nächste Fragerunde. Gibt es dazu Verständnisfragen? – Dann steigen wir ein.

Wir beginnen mit der antragstellenden Fraktion der SPD und fahren dann im Uhrzeigersinn fort, also mit Bündnis 90/Die Grünen, CDU, AfD und FDP. Eine Besonderheit noch: Da ich heute zwei Funktionen inne habe und hier als stellvertretender Ausschussvorsitzender sowie als Sprecher der FDP-Fraktion sitze, werde ich Ihnen sowohl das Wort erteilen als auch Fragen für meine Fraktion formulieren. Zu Beginn erteile ich dem Kollegen Stinka für die SPD-Fraktion das Wort.

André Stinka (SPD): Vielen Dank. Herr Vorsitzender! Auch von der SPD-Fraktion vielen Dank an Sie als Sachverständige dafür, dass Sie sich heute Zeit genommen haben, um mit uns über ein für das Land Nordrhein-Westfalen wichtiges Thema, nämlich die chemische Industrie, zu sprechen. – Herr Koch, die EU-Kommission plant die Ausweitung des Kreises der Berechtigten der Strompreiskompensation. Erläutern Sie bitte, welche Bedeutung dieses Instrument für die chemische Industrie hat und was bei der Anpassung beachtet werden sollte.

Michael Röls-Leitmann (GRÜNE): Vielen Dank an die Sachverständigen für schriftlichen Stellungnahmen zu diesem wichtigen Thema und dafür, dass Sie uns für Antworten auf vertiefende Fragen zur Verfügung zu stehen. – Herr Dr. Sievering, Sie legen in Ihrer Stellungnahme dar, dass die strukturelle Krise der Chemiebranche aus Ihrer Sicht nicht durch die europäische Klimapolitik oder das EU-ETS verursacht wurde, könnten Sie diese Analyse für uns vertiefen?

Dr. Christian Untrieser (CDU): Sehr geehrte Herren Sachverständige! Vielen Dank dafür, dass Sie heute da sind und uns auch schon mit den von Ihnen eingereichten Stellungnahmen geholfen und schlauer gemacht haben. Meine erste Frage richtet sich an Herrn Professor Golla vom VCI. Könnten Sie bitte einmal einordnen, worin aktuell die größten Herausforderungen der Branche bestehen und welche rechtlichen Rahmenbedingungen sich ändern müssten, damit die Chemieindustrie in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland und auch in Europa wieder wettbewerbsfähig produzieren kann?

Christian Loose (AfD): Meine erste Frage richtet sich an Herrn Simon Jastrzab vom en2x – Wirtschaftsverband Fuels & Energy. Die SPD-Fraktion schreibt in ihrem Antrag unter anderem, dass die internationalen Wettbewerbsbedingungen nicht mehr ausreichen und die Energiekosten insbesondere in Deutschland für die Industrie nicht wettbewerbsfähig seien. Dabei heißt es doch, wir hätten die teuersten Kernkraftwerke der Welt und die teuren Kohlekraftwerke abgeschaltet und es kämen mehr günstige Erneuerbaren hinzu. Ich verstehe das noch nicht ganz.

Können Sie aus Sicht der Industrie erklären, warum unsere Strompreise nach 20 Jahren Energiewende zu den höchsten der Welt gehören und wie Sie als Wirtschaftskonzern darauf reagieren?

Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank. – Dann erteile ich wie angekündigt mir selbst das Wort für die FDP-Fraktion.

Dietmar Brockes (FDP): Auch ich bedanke mich noch einmal für Ihre Anwesenheit und Ihre Stellungnahmen. Meine erste Nachfrage dazu richte ich an den en2x – Wirtschaftsverband Fuels & Energy. Herr Jastrzab, Sie fordern praktikable Standards für alternative Rohstoffe und die Ermöglichung von Co-Processing zugelassener nachhaltiger Rohstoffe. Welche regulatorischen Anpassungen sind aus Ihrer Sicht am dringendsten erforderlich, um die Marktentwicklung erneuerbarer Kraftstoffe in Deutschland und speziell in Nordrhein-Westfalen zu beschleunigen?

Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes: In meiner Rolle als stellvertretender Vorsitzender leite ich nun die Antwortrunde ein. Herr Koch wurde als Erstes angesprochen. Sie haben das Wort. Bitte.

Daniel Koch (Basell Polyolefine): Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass ich heute als Sachverständiger hier sein kann.

Herr Stinka, Ihre Frage betraf die Strompreiskompensation. Ich habe Ihrem Antrag entnommen, dass sich die SPD darin sehr stark für wettbewerbsfähige Strompreise einsetzt, namentlich für den Industriestrompreis. Ich habe die Strompreiskompensation in unserer Stellungnahme stärker herausgestellt, weil die EU-Kommission aktuell an einer Neugestaltung arbeitet. Wir erwarten noch im Dezember 2025 die Entscheidung, dass der Kreis der Bezieher der Strompreiskompensation erweitert werden kann.

Zukünftig werden unter anderem Chemieanlagen wie Cracker und Polymeranlagen zu den Begünstigten gehören.

Aus unserer Sicht wäre es wichtig, dass die Landesregierung gemeinsam mit dem Bund schnell darauf hinwirkt, dass die entsprechenden nationalen Regelungen zur Strompreiskompensation angepasst werden, weil wir dann bis zur Mitte des nächsten Jahres die entsprechenden Anträge einreichen können. Zu ergänzen wäre, dass es natürlich eine ganze Reihe an Möglichkeiten gibt, Energiekosten zu reduzieren, die Strompreiskompensation jedoch eine der aktuell wichtigsten ist.

Dr. Christoph Sievering (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie): Auch meinerseits vielen Dank für die Einladung. Die Frage bezog sich auf den Zusammenhang zwischen der aktuellen Krise und dem Emissionshandelsgesetz. Meine Meinung dazu lautet: Der Chemieindustrie ginge es selbst ohne die durch das ETS hervorgerufenen Kosten nicht sonderlich gut. Es gibt eine strukturelle wirtschaftliche Krise, die durch stagnierende Märkte auch auf globaler Ebene verursacht wurde. Daraus resultieren erhebliche Überkapazitäten für energieintensive Industrien und damit auch für die Chemie.

In dieser Phase tritt besonders deutlich hervor, dass wir in Deutschland und in Europa erhebliche Wettbewerbsnachteile mit Blick auf Rohstoff- und Energiekosten haben. Aufgrund dieser Analyse bin ich der Meinung, dass die Ursache bzw. der Startpunkt dieser Krise eben nicht in den Klimakosten liegt. Die durch das EU-ETS hervorgerufenen Kosten sind trotzdem eine zusätzliche Belastung und werden aufgrund der Mechanik des Emissionshandelsgesetzes auch noch weiter steigen und dazu beitragen, dass die Wettbewerbsfähigkeit weiter abnimmt. Der ursächliche Zusammenhang ist jedoch meines Erachtens ein anderer.

Prof. Dr. Winfried Golla (Verband der Chemischen Industrie, Landesverband Nordrhein-Westfalen): Auch von meiner Seite ganz herzlichen Dank für die Einladung und für die Initiative zur heutigen Anhörung. Ich muss leider sagen: Die Lage der Branche – das ist vorhin schon angesprochen worden – ist dramatisch. Wir stehen als Chemieindustrie mit dem Rücken zur Wand. Ich hatte es vor ein paar Monaten in diesem Kreis auch schon einmal ähnlich gesagt.

In den 30 Jahren meiner Tätigkeit in der chemischen Industrie habe ich so etwas noch nicht erlebt. Es ist dramatisch: über drei Jahre der Stagnation. Seit dem Vorkrisenjahr 2018 haben wir 20 % der Produktionsmengen verloren. Die Anlagen sind im Durchschnitt nur noch zu 70 % ausgelastet. Das liegt weit unterhalb jeder Rentabilitätsschwelle. In vielen Teilen der chemischen Industrie in Deutschland und NRW haben wir die Wettbewerbsfähigkeit leider verloren.

Woran liegt das? Die externen Faktoren sind teilweise schon angesprochen worden. Wir haben aber auch massive strukturelle Schwächen, und das ist – es klingt komisch – eine gute Botschaft, weil wir selbst versuchen können, diese in die Hand zu nehmen und zu verändern.

Im Wesentlichen beklagen unsere Mitglieder die vielen bestehenden Regulierungen sowie diejenigen, die auf uns zuzukommen drohen und für uns zu massiven Kostennachteilen im Bereich „Energie“ sowie bei den Arbeitssteuern und Abgaben führen.

Was muss getan werden? Erst einmal einen Dank von unserer Seite an Land und Bund. Die Landesregierung hat, wie Sie alle gesehen bzw. gelesen haben, zusammen mit uns, der IG BCE NRW und dem Verband en2x den Chemie- und Raffineriepakt verabschiedet. Darin steht schon sehr viel Gutes, das getan werden muss. Dazu komme ich gleich.

Danke auch für die vielfältigen Initiativen aus Ihren Reihen, die Sie mit Blick auf unsere Branche angestoßen haben. Es ist auch positiv, dass der Industriestrompreis im Bund jetzt angegangen werden soll.

Es gibt in dem Bereich aber noch einiges zu tun. Der Chemie- und Raffineriepakt hat dies deutlich aufgezeigt. Es braucht mutige Reformen des Emissionshandels. Die Voraussetzungen der Transformation, in die der Emissionshandel uns hineindrängt, sind einfach nicht vorhanden. Man will durch Preissignale in Transformationswege hineinlenken, die noch nicht existieren. Im Strom-, im Wasserstoff- und auch im CCUS-Bereich fehlt es an vielem, bevor die Möglichkeiten ausgeschöpft werden können. Insofern läuft das ins Leere und stellt für die betroffenen Unternehmen eine massive Mehrbelastung dar.

Wir brauchen eine bezahlbare und sichere Energieversorgung und begrüßen daher die Einführung des Industriestrompreises. Auch die angedachte Ausweitung der Strompreiskompensation ist wichtig, allerdings sollte diese komplementär sein, und es darf nicht gegeneinander verrechnet werden. Das ist für uns ein zentraler Punkt. Alles, was zur Entlastung beiträgt, muss zum Tragen kommen.

Wir brauchen eine Absenkung der Netzentgelte, eine pragmatische Umwelt- und Chemikalienpolitik, die uns die größtmögliche Stoffvielfalt offenhält und in diesem Zusammenhang auch schnelle und unbürokratische Genehmigungsverfahren, was für die Unternehmen zentral ist. Zuletzt benötigen wir hinsichtlich des Wasserstoffs Technologieoffenheit und keine Farbenlehre. Es würde helfen, hier den CO₂-Fußabdruck zugrunde zu legen. Im Übrigen bedarf es auch hinsichtlich des chemischen Recyclings Technologieoffenheit in der Kreislaufwirtschaft.

Dies alles sollte nach unserem Wunsch auf die Chemieagenda des Bundes und auf den Chemical Industry Action Plan einzahlen.

Simon Jastrzab (en2x – Wirtschaftsverband Fuels und Energie): Vielen Dank für die Einladung und auch dafür, dass Sie dieses Thema erneut auf die Agenda gesetzt haben. Ich beginne mit den Energiekosten. Dazu wurden mehrere Fragen gestellt: Warum keine Kernkraft? Warum die höchsten Strompreise der Welt? Dazu kann ich als Sachverständiger wenig Auskunft geben, weil die Kernkraft nicht mein Themenfeld ist. Aber zu den Energiekosten kann ich sagen, dass diese in Deutschland sicherlich nicht wettbewerbsfähig sind.

Professor Golla hat dazu schon einiges ausgeführt. Energiekosten umfassen nicht nur Strom-, sondern auch Gas- und ETS-Kosten. Sie tragen einen wesentlichen Teil zur fehlenden Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie bei, aber nicht den einzigen.

Zu nennen wäre weiterhin die in Deutschland sehr stark ausgeprägte Bürokratie. Dazu gehören unter anderem die Umweltauflagen. Deutschland betreibt sehr viel sogenanntes Gold-Plating, indem es über die Umsetzung der EU-Richtlinien hinausgehende Anforderungen stellt. Das ist sicherlich auch noch ein wesentlicher Punkt, der die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt.

Ich spreche für unsere Industrie, also für die Raffineriewirtschaft. Unser Verband vertritt die Raffinerien in Deutschland, auf mehrere Bundesländer verteilt sind es rund ein Dutzend. Zwei davon kennen Sie besonders gut, nämlich jene in Köln und in Gelsenkirchen. Diese Raffinerien sind neben ihrer Funktion als Lieferanten für Chemieprodukte wesentliche Garanten für die Versorgungssicherheit in Deutschland. Diese beiden Elemente kann man auch nur in Kombination sehen. Wir müssen uns das also gemeinsam angucken.

Um beides in der gewohnten Qualität weiterhin aufrechtzuerhalten, brauchen wir Wettbewerbsfähigkeit. Diese wiederum setzt entsprechende Rahmenbedingungen voraus. Für die Raffineriewirtschaft geht es ganz besonders um die Rahmenbedingungen, die darauf einzahlen, dass es eine Transformation bei den Produkten bzw. den Energieträgern gibt. Zu nennen wären hier zum Beispiel die Renewable Energy Directive, die RED, die erneuerbare flüssige Energieträger ganz wesentlich betrifft, und Regulierungen wie die Flottengrenzwerte, die in Brüssel aktuell wieder ein großes Thema geworden sind.

An dieser Stelle passt der Schwenk zum Thema „Co-Processing“. Darauf bezog sich die zweite Frage. Diese Technologie ist für Raffinerien und deren Transformation wichtig und wesentlich. Vielleicht ist sie nicht jedem gleichermaßen bekannt. Co-Processing bedeutet, dass man im Raffineriebetrieb erneuerbare oder recycelte Eingangsrohstoffe mit fossilen Rohstoffen gemeinsam verarbeitet und damit einen erneuerbaren Anteil in die Produkte einbringt. Damit ist es eine Schlüsseltechnologie für die Transformation der Mineralölwirtschaft, und zwar deswegen, weil sie schrittweise im laufenden Prozess erfolgen kann.

Es kann also ein gleitender Übergang stattfinden, der dabei hilft, dass keine Strukturbrüche entstehen, sondern eine schrittweise Transformation ermöglicht wird und Arbeitsplätze in den bestehenden Betrieben erhalten bleiben können.

Was braucht es für das Co-Processing? Man muss dafür langfristige und verlässliche Rahmenbedingungen schaffen. Es geht um das Thema „Planbarkeit und Verlässlichkeit“. Wenn wir dies nicht haben, dann wird niemand diese großen Investitionen tätigen. Teilweise werden Anlagen über mehrere Jahrzehnte abgeschrieben, sodass es auch dafür eine gewisse Verlässlichkeit braucht. Zudem benötigen wir Anreize zur Herstellung dieser Produkte in Form von Quoten oder anderen Instrumenten.

Wichtig ist – dies ist derzeit auch in der RED-III-Umsetzung Thema –, dass uns eine möglichst große Bandbreite an Erfüllungsoptionen zur Verfügung gestellt wird. Zurzeit ist Co-Processing in Deutschland nur in sehr engen Bereichen möglich. Insbesondere

ist die Anzahl der zugelassenen Rohstoffe stark begrenzt. Insofern wäre es für uns wichtig, dass die europarechtlich zugelassenen auf Biomasse und Strom und CO₂ basierenden Rohstoffe, genauso wie unter anderem Reststoffe aus Kunststoffen in diesem Raffinerieprozess auch genutzt werden können und es keine Beschränkung auf bestimmte oder einzelne Verfahren gibt. Damit werden die Möglichkeiten erweitert und das Ganze rückt weiter in Richtung der Wirtschaftlichkeit.

Ein weiteres wesentliches Thema ist die Allokation der erneuerbaren Anteile. Die erneuerbaren Eigenschaften der Rohstoffe sollten möglichst einfach und flexibel zugeordnet werden können. Es sollte keine Vorgaben gemacht werden, dass diese nur bestimmten Endprodukte oder nur teilweise zugerechnet werden dürfen. Dies sind aus unserer Sicht die wichtigsten Dinge, die bei dem Co-Processing notwendig sind. Es lohnt sich für uns insofern, uns dafür einzusetzen, weil die RED-III-Umsetzung aktuell läuft. Da die Situation der Rohstoffe weiterhin sehr unklar bleibt, gilt es, darauf zu achten, dass das Thema möglichst offen gehandhabt wird.

Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank. – Wir starten die zweite Frageunde mit dem Kollegen Obrok von der SPD-Fraktion.

Christian Obrok (SPD): Vielen Dank. – Herr Vorsitzender! Unsere zweite Frage geht an Herrn Kirli von der IG BCE. Wie sehen die Beschäftigten in der Chemieindustrie die aktuelle Lage zurzeit? Vielleicht könnten Sie eine kleine Anschlussfrage aus Sicht der Beschäftigten bzw. aus Ihrer Sicht beantworten: Welche Maßnahmen muss das Land vorantreiben, damit die Bereitschaft der Beschäftigten in der Chemieindustrie zur Transformation möglichst groß bleibt?

Michael Röls-Leitmann (GRÜNE): Herr Dr. Sievering, Sie sehen das EU-ETS als ein geeignetes Ausstiegsinstrument aus fossilen Prozessen und Verfahren, schreiben aber, dass Sie geeignete flankierende Einstiegsinstrumente für den Aufbau nachhaltiger Geschäftsmodelle und Produktionsstandorte vermissen. Wie könnten solche Einstiegsinstrumente aussehen?

Dr. Christian Untrieser (CDU): Ich würde meine zweite Frage gern an Herrn Basten von Evonik richten. Sie vertreten hier einen global aufgestellten Konzern und stehen wahrscheinlich in Marl in Konkurrenz zu anderen, über den Globus verteilten Standorten. Wenn Sie jetzt in den Wettbewerb gehen, wohin kommt die nächste Anlage?

Wo haben Sie Ihrer Meinung nach etwa im Chemiapark Marl so gute Bedingungen, dass Sie sagen: „Kommt zu uns.“? Wo wären andere Wettbewerber vor uns? Ist es die Energie, sind es die Rohstoffe oder die Arbeitskosten? Welche sind die Hauptkriterien, aufgrund derer Sie oder die Konzernzentrale Investitionsentscheidungen treffen?

Christian Loose (AfD): Ich war vorhin ganz überrascht, dass ich schon an der Reihe war, weil die FDP-Fraktion üblicherweise vor mir dran ist, und habe vergessen, Ihnen allen für Ihre Stellungnahmen zu danken und Ihnen auch von uns ein herzliches Willkommen auszurichten.

Meine zweite Frage richtet sich an den VCI. Herr Professor Dr. Golla, Herr Jastrzab hat das Problem der Bürokratie angesprochen. Seit dem 01.01.2025 gilt nun beispielsweise das Biozid selbstbedienungsverbot. Dieses führt dazu, dass man kein einfaches Insektenschutzmittel für 3,90 Euro mehr im Drogeriemarkt kaufen kann. Letzterer wird nämlich keine dreiminütige Aufklärung für ein Produkt durchführen, das weniger als 5 Euro kostet. SC Johnson, ein Unternehmen in NRW, das vermutlich auch Ihrem Verband angehört, hat die Produktion für einige Insektizide deswegen komplett eingestellt.

Welche bürokratischen Regelungen müssten aus Ihrer Sicht abgeschafft werden, damit wir in Deutschland und der EU wieder wettbewerbsfähige Regelungen für die chemische Industrie bekommen?

Dietmar Brockes (FDP): Ich würde gerne eine Frage an unternehmer nrw richten. Herr Felsch, laut Ihrer Stellungnahme lehnen Sie eine zentrale Genehmigungsbehörde für die Chemieindustrie ab. Stattdessen sprechen Sie sich für eine umfassende Reform der Verwaltungsverfahren aus. Welche konkreten Maßnahmen wären aus Ihrer Sicht am wirkungsvollsten, um die Genehmigungsprozesse spürbar zu beschleunigen?

Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes: Damit kommen wir zur Antwortrunde und beginnen mit Herrn Kirli. Bitte.

Ömer Kirli (IGBCE): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, hier für die IGBCE Stellung zu beziehen. Das mache ich gerne. Die Stellungnahme liegt Ihnen vor, dazu muss ich daher nicht viel sagen, sondern gehe direkt auf die Frage der SPD-Fraktion ein. Sie haben nach der aktuellen Lage bzw. der Sicht der Beschäftigten auf diese sowie in diesem Zusammenhang nach deren Bereitschaft zur Transformation gefragt. Leider ist die aktuelle Lage aus ihrer Sicht eingetrübt,

Ich würde mich den Ausführungen von Herrn Professor Golla anschließen, der das für die Unternehmensseite geschildert hat. Für die Beschäftigten gilt das gleichermaßen, vielleicht sogar noch ein bisschen stärker, weil sie von den unternehmerischen Entscheidungen existenziell betroffen sind.

Wir haben hierzu eine Umfrage bei unseren Mitgliedern insbesondere aus der chemischen Industrie durchgeführt und festgestellt, dass etwa 50% der Kolleginnen und Kollegen nicht mehr daran glauben, dass Deutschland in den nächsten zehn Jahren noch ein Industrieland sein wird. Das ist für Menschen, die selbst in der Industrie arbeiten, sehr, sehr erschreckend.

Des Weiteren haben wir gefragt: Wie seht ihr eigentlich das Thema „Transformation“? Ca. drei Viertel der Kolleginnen und Kollegen haben demnach eine eher negative Sicht auf die Transformation, weil sie nicht daran glauben, dass sie zum Erfolg führt. Wir als Gewerkschaft versuchen, für das Thema „Transformation“ zu werben, allerdings nicht gekoppelt an Ausstiegsdaten, sondern an Einstiegsszenarien in Bereiche, die zu grünen Leitmärkten hinführen.

Wie kann man dieses Thema positiv besetzen? Da gibt es einige Ideen: Insbesondere glauben wir nicht, dass es sinnvoll ist, Abbauprogramme mit dem Begriff „Transformation“ zu überschreiben. Das wird leider oft getan. Wenn ein Unternehmen von Transformation spricht, dann heißt es meistens, dass Industriearbeitsplätze abgebaut werden. Dieses Wording bzw. Framing lehnen wir ab. Wir finden, Transformation sollte positiv besetzt werden.

Wie können wir den Glauben an die Transformation stärken? Erstens geht dies mit Weiterbildung und Qualifizierung. Die Kolleginnen und Kollegen werden meines Erachtens mit neuen Anforderungsprofilen konfrontiert sein werden. Wir müssen schon jetzt in die Qualifizierung investieren. Die zweite Möglichkeit ist die mitbestimmte Transformation. Das heißt, dass die Betriebsräte und die Gewerkschaften die Prozesse der Transformation und des Umbaus mitgestalten. Meiner Meinung nach würde die Transformation dann positiver aufgenommen.

Darüber hinaus ist das Thema „Local Content“ wichtig für uns, dass man also die heimische Produktion stärkt. Man sollte Aufträge und Steuergelder zum Beispiel in Form von Förderungen nur an Unternehmen vergeben, die erstens mitbestimmt und zweitens tarifgebunden sind sowie drittens in die heimische Produktion vor Ort investieren. Mit diesen Instrumenten könnte der Begriff „Transformation“ positiv begleitet und gestaltet werden. Hinzu kommen die übergeordneten Themen, bei denen es darum geht, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, wie der ETS-Markt oder der Industriestrompreis.

Wir brauchen bei diesen Themen Geschwindigkeit. Ich kann mich erinnern, dass wir schon vor drei Jahren Seite an Seite mit einigen Politikerinnen und Politikern für den Industriestrompreis demonstriert haben. Ich hätte mir gewünscht, dass dieser schon viel früher gekommen wäre, bevor das Kind sozusagen in den Brunnen gefallen ist. Jetzt kommt er. Wir freuen uns sehr darüber und begrüßen es sehr, aber es ist möglicherweise zu spät.

Dr. Christoph Sievering (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie): Ich kann mich vielen Argumenten und Perspektiven meines Vorredners anschließen. In der Frage, die an mich gestellt worden ist, wurden die Begriffe „Ausstiegsinstrument“ – das Emissionshandelsgesetz betreffend – und „das fehlende Einstiegsinstrument“ gewählt, die ich auch in meiner Stellungnahme benutzt habe.

Nach dem aktuellen Stand Emissionshandelsgesetzes bzw. des EU-ETS, so wie es jetzt aufgesetzt ist, wird es aufgrund der Abschmelzungsmechanik für Zertifikate 2040 zur Klimaneutralität für Energiewirtschaft und Industrie kommen. Das ist ein festgesetztes Datum. Bis zu diesem Zeitpunkt wird unsere traditionelle, fossilbasierte Wirtschaft schlichtweg auslaufen müssen. Deshalb hatte ich es „Ausstiegsinstrument“ genannt.

In der Stellungnahme habe ich darüber hinaus den Begriff der Asynchronität benutzt. Wir haben mit dem ETS ein Instrument geschaffen, das sehr klar vorgibt, in welcher Geschwindigkeit bzw. bis zu welchem Zeitpunkt diese emissionsreiche Industrie auslaufen muss. Wir haben es aber nicht geschafft, gleichzeitig Instrumente aufzusetzen – deshalb: nicht synchron laufend –, die es ermöglichen, höhere Kosten für nachhaltige Produktion an Verbraucher weiterzugeben.

2Herr Kirli hat schon eine Menge genannt. Hinzufügen möchte ich Folgendes: Wir diskutieren derzeit heftig über die Strompreiskompensation oder den Industriestrompreis. Ich würde beide als „Durchhalteinstrumente“ bezeichnen und halte sie nicht für geeignet, um eine Transformation herbeizuführen. Es ist in meinen Augen wichtig und notwendig, diese Angebote an die Industrie zu machen, um möglichst lange durchzuhalten, aber eine Transformation wird das nicht herbeiführen.

Wir reden zum Beispiel viel über Elektrifizierung. In Deutschland würden wir allein für die Elektrifizierung der Industrieprozesswärme insgesamt ungefähr 500 Terawattstunden Strom zusätzlich benötigen. Meiner Meinung nach wird sich der Strompreis aufgrund von Netzausbau und diversen anderen Dingen in den nächsten Jahren wesentlich erhöhen.

Allein um 100 Euro pro Megawattstunde vom Strompreis wieder herunterzubringen und einen einigermaßen akzeptablen Strompreis zu erreichen, bräuchten wir rund 50 Milliarden Euro pro Jahr. Das übersteigt jede Art von Subventions- bzw. Bundeshaushalt. Insofern habe ich es als Durchhalteinstrument bezeichnet, das einzelnen Teilen der Industrie jetzt hilft. Es ist jedoch nicht dafür geschaffen, die Transformation herbeizuführen.

Das heißt – um auf die Frage zurückzukommen –: Wir brauchen Einstiegsinstrumente, um die Kosten der Transformation auf Verbraucher umzulegen. Daran fehlt es in meinen Augen noch erheblich.

Thomas Basten (Evonik Operation): Auch von meiner Seite vielen Dank für die Einladung. Ich starte mit der zweiten Frage: Worin liegen unsere Vorteile? Ich spreche nicht nur als Vertreter der Evonik, sondern zunächst als Standortleiter des Chemie-parks Marl. Dort haben zurzeit 20 Gesellschaften einen Standort, von denen zwei im Moment Geld verdienen. Die übrigen 18 verdienen keins, und das teilweise schon im dritten Jahr. Ich bin in großer Sorge, dass die ersten wirklich zumachen – ein Unternehmen steht schon seit November letzten Jahres still –, und dies eine Kettenreaktion auslösen wird.

Wir haben dort einen Verbundstandort. Das Interessante daran ist der Verbund: Der Abfall des einen ist der Rohstoff des anderen. Wenn einzelne rausfallen, klappt der ganze Verbund, also der Chemiepark, zusammen, ob es um die Raffinerie oder um Schäume geht. Ich will das jetzt gar nicht groß aufmachen, jedoch einfach noch einmal darauf hinweisen.

Die Vorteile liegen also zuerst einmal in diesem Verbund: Vor Ort hat man alles, was man braucht. Es sind definitiv die Fachkräfte, die vorhandene Infrastruktur, die Logistik, der Hafen, die Eisenbahnanschlüsse, die Autobahnanschlüsse und die sehr gut funktionierende Energieversorgung. Unsere neuen Gas- und Dampfkraftwerke sind Wasserstoff-ready. Wir haben also alles, was man braucht, aber es muss wirtschaftlich darstellbar sein. Da fehlt im Moment die Wettbewerbsfähigkeit.

Wir haben noch Fachkräfte, die uns aber auch Stück für Stück verloren gehen, weil wir viele gehen lassen und von hinten nichts mehr nachkommt bzw. wir immer weniger ausbilden. Wir haben zum ersten Mal die Ausbildungsübernahmegarantie ausgesetzt, weil wir die Arbeit dafür einfach nicht mehr haben.

Zu der Frage, wo die Evonik überhaupt noch investiert. Die CapEx-Mittel, also die Investitionsmittel, stehen so stark unter Druck wie noch nie in meiner gesamten beruflichen Laufbahn. Wir haben gar nicht mehr viel zur Verfügung, weil wir einfach nicht genug verdienen und beschränken uns in Deutschland derzeit fast ausschließlich auf Ersatz und Erhalt. Es finden also keine Neuinvestitionen mehr statt.

Ich habe tolle Projekte in der Schublade. Für diese kämpfe ich, lasse mich vom Vorstand auch verhauen und will sie auch alle nach Deutschland kriegen. Ich habe lange für Darmstadt gekämpft, jetzt kämpfe ich für Marl. Diese Projekte stehen jedoch im internationalen Wettbewerb – wir haben Standorte in den USA, in Singapur, in China –, wir kriegen kein einziges davon nach Deutschland. Mit welchem Argument denn? Mit welchen Stromkosten soll ich planen? Ich weiß gar nicht, wo die in fünf Jahren liegen.

Wir müssen Projekte als Business Cases über eine Laufzeit von mindestens zehn Jahren darstellen. Sie können hier gar nichts planen. Die CO₂-Besteuerung wird hochlaufen. Dies läuft der Wirtschaftlichkeit zuwider. Die Strompreise werden allein über die Netzentgelte hochgehen, so wie Herr Dr. Sievering es gesagt hat. Sie kriegen eine Investition hier schwerlich überhaupt irgendwie verargumentiert. Das ist die größte Herausforderung.

Wir brauchen Planbarkeit und Verlässlichkeit, um Business Cases zu rechnen. Wir haben in GET H2, in die Wasserstoffinfrastruktur, investiert. Wo stehen wir jetzt? Keiner weiß, wie es weitergeht. Wir haben alles hingestellt, und es kommt nicht zum Laufen, weil der Rahmen fehlt.

Prof. Dr. Winfried Golla (Verband der Chemischen Industrie, Landesverband Nordrhein-Westfalen): Zum Thema „Bürokratie“ gibt es eine Menge zu sagen. Dafür reichen drei Minuten wahrscheinlich nicht aus. Aber ich will mal ein oder zwei zentrale Regelungen und Tätigkeitsfelder herausgreifen.

Für die Industrie insgesamt, und insbesondere für die chemische Industrie sind ein schnelles, unbürokratisches Planungs- und Genehmigungsrecht und entsprechende Verfahren essenziell. Wir brauchen dies für unser erfolgreiches industrielles Handeln. Wir brauchen es für Investitionen in den Bestand und die Weiterentwicklung, für Infrastruktur, Pipeline, Logistik und Transformation. Wir brauchen es für alles, was wir tun.

Hier im Land – das möchte ich auch deutlich sagen – bekommen wir vor Ort von den Fachbehörden und den Ministerien Unterstützung, wenn es darum geht, wie man das anwendet, was uns übergestülpt wird. Häufig geht es um EU- und Bundesrecht. Damit müssen wir irgendwie umgehen können.

Konkret zu nennen ist die IED-Richtlinie. Diese ist im August 2024 in Kraft getreten und muss jetzt umgesetzt werden. Sie berührt die Themen „Umweltmanagementsysteme“ und „Chemikalieninventar“. Das Chemikalieninventar ist jedoch bereits im Stoffrecht abgebildet und hier überflüssig. Auch die Umweltmanagementsysteme für Anlagen bringen keinen Mehrwert.

Es gibt Transformationspläne, die keine Transformation voranbringen, aber eine Menge Bürokratie schaffen. Diese Dinge müssen überdacht und idealerweise abgeschafft werden. Eine Chance dafür bietet das Omnibus-Verfahren auf EU-Ebene, in

dem man solche Dinge jetzt in verschiedenen Bereichen neu anfassen möchte. Alle Beteiligten sollten sich dafür einsetzen, dass die IED-Richtlinie in diesem Omnibus-Verfahren neu überdacht wird und diese Punkte abgeschafft werden. Das wäre zentral.

Wir könnten dies beliebig fortsetzen. Ich hätte jedoch noch einen anderen Punkt. Auch die Kommunalwasserabrichtlinie kommt von der EU und wird uns am Ende übergestülpt. Die sogenannte Herstellerverantwortung im Abwasserbereich führt dazu, dass die vierten Reinigungsstufen, die notwendig sind, irgendwie finanziert werden müssen. Niemand ist dagegen, dass das Wasser sauber ist und getrunken werden kann. Das ist unstrittig. Die Frage lautet einfach: Wie verteilt man die Kosten?

Diese sollen derzeit auf einzelne Unternehmensgruppen verteilt werden. Dabei geht es um Milliarden, die eben nicht an die Kunden weitergegeben werden können. Es betrifft insbesondere die Unternehmen im Pharmabereich und führt zu massiven Mehrbelastungen. Hier muss man überlegen: Muss ich nicht auch dabei das Verursacherprinzip heranziehen? Die Mittel werden hergestellt, werden aber auch von jemandem verwendet. All das wird nicht bedacht.

Wie man das dann auch verteilt, ob man also am Ende eine Behörde schafft, die Verteilungsschlüssel dafür erarbeitet, wie die Hersteller, Verursacher oder wer auch immer dann zur Kasse gebeten werden, es müssten dafür sicherlich ein paar hundert Leute angestellt werden, und es bräuchte dafür ein sehr unbürokratisches System. In der Schweiz gibt es ein Beispiel für den Umgang damit. Auch diese Kommunalabwasserrichtlinie würden wir dem Omnibus-Verfahren andienen wollen, damit man sich dieser Thematik noch einmal annimmt. Ich könnte beliebig weitermachen.

Alexander Felsch (unternehmer nrw): Zu der Frage der FDP zu dem Thema „zentrale Genehmigungsbehörde“ eingangs eine Klarstellung: Wir wissen, was die SPD damit meint. Es ist ihr Wunsch und Wille, der chemischen Industrie bei diesen komplexen Genehmigungsverfahren zu helfen. Das Ansinnen ist richtig. Es ist auch nicht neu. Wir kennen es aus dem Bereich „Ausbau erneuerbarer Energien“. Da wurde intensiv geprüft, ob nicht beispielsweise alles, was im Bereich „Wind“ läuft, an einer Bezirksregierung gebündelt werden soll.

Dieses Ansinnen, Expertise zu schaffen, ist an sich richtig. Mit etwas Abstand betrachtet heißt „Bündelung“ jedoch nur: Wir versuchen, euch besser durch die Verfahren zu helfen. – Es gibt hier meines Erachtens über alle Parteigrenzen hinweg keinen Dissens darüber, dass unsere Verfahren in Summe viel zu bürokratisch sind. Es gibt jahrein, jahraus Bemühungen zur Entbürokratisierung. Wir müssen, was an Entbürokratisierung läuft, dem gegenüberstellen, was an Regulierungsaufbau stattfindet – wo es herkommt, hat Winfried Golla vorhin völlig richtig beschrieben –, und es reicht nicht aus.

Was muss passieren? Die Antwort darauf lautet: Die Bürokratie muss auf jeder Ebene massiv abgebaut werden. Auch für das Land bleibt noch genügend übrig. Zuallererst brauchen wir eine Eins-zu-eins-Umsetzung von Europa- und Bundesrecht in Landesrecht, und an alles, bei dem wir darüber hinausgehen – ich nenne einmal das für die chemische Industrie relevante Wasserrecht –, müssen wir noch einmal herangehen und diese Potenziale nutzen.

Den größten Hebel hat man allerdings im Vollzug bei den Genehmigungsbehörden, vor allem bei den Bezirksregierungen. Schauen wir uns die TAs an: Bei Abstand, Lärm und Luft zum Beispiel gibt es viele Ermessensspielräume. Wie lege ich die aus? Schaffe ich dort Orientierung? Wir haben gemeinsam mit der chemischen Industrie und dem Umweltministerium schon Genehmigungsleitfäden erarbeitet, um das für diejenigen in den Bezirksregierungen, die das ganz konkret machen müssen, möglichst pragmatisch hinzubekommen, so komplex, wie es ist.

Man muss einfach vom Regelungsbestand runter. Unser Präsident Arndt Kirchhoff hat es einmal sehr deutlich gesagt: Alles, was für Leib und Leben nicht notwendig ist, gehört weg. Dann schauen wir, was passiert, und was wieder eingeführt werden muss, wird Punkt für Punkt wieder eingeführt.

Bei dem Tempo, in dem wir an dem Thema „Entbürokratisierung“ arbeiten, machen wir nicht in dem Maße Fortschritte, dass wir im Bereich „Planungs- und Genehmigungsverfahren“ in Europa und international wettbewerbsfähig würden. Das Aufgabenfeld bleibt trotz aller Bemühungen unverändert groß – um nicht zu sagen: riesig.

Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank für die zeitliche Punktlandung. Wir steigen in die dritte Runde ein. Ich gebe Herrn Stinka für die SPD-Fraktion das Wort.

André Stinka (SPD): Vielen Dank. – Herr Vorsitzender! Herr Felsch, Sie haben dafür gesorgt, dass aktuell ein Thema hochgehoben wird. Der Ministerpräsident hat gestern in Berlin eine große Konferenz zum Thema „Staatsmodernisierung und Bürokratieabbau“ veranstaltet. Könnten Sie deutlich machen, was gerade im Land Nordrhein-Westfalen sehr wichtig ist? Sie haben soeben die Eins-zu-eins-Umsetzung angesprochen. Sehen Sie die dafür notwendigen Impulse?

Michael Röls-Leitmann (GRÜNE): Unsere nächste Frage richtet sich an den Verband der Chemischen Industrie. Sie bemängeln in Ihrer Stellungnahme die fehlende Infrastruktur für Wasserstoff. Das Wasserstoffkernnetz ist in Planung. Können Sie für die chemische Industrie Nordrhein-Westfalen darlegen, welche Wasserstoffabnahmemengen für gewissen Zieljahre prognostiziert sind? Inwiefern ist davon schon etwas in verbindlichen Bezugsverträgen abgesichert? Wie stellt sich das dar? Könnten Sie das einordnen?

Dr. Christian Untrieser (CDU): Ebenfalls an den VCI: Sie sprechen in der Stellungnahme auch den Chemie- und Raffineriepakt an, der vor wenigen Wochen geschlossen wurde. Wie fällt Ihre Resonanz darauf aus? Können Sie sagen, wie dieser Pakt in anderen Ländern aufgenommen wird?

Christian Loose (AfD): Meine dritte Frage geht an Herrn Koch von LyondellBasell. Der Standort Wesseling wirkt beeindruckend, wenn man hindurchfährt: Industrieanlagen in der schönsten Form. Allerdings steckt die Chemie- und Kunststoffindustrie in einer schwierigen Lage. Sie fordern in Ihrer Stellungnahme staatliche Entlastungsprogramme,

Fördergelder, politische Eingriffe, also zum Beispiel einen Industriestrompreis oder vergleichbare Dauersubventionen, unter anderem Subventionen für chemisches Recycling, für Wasserstoff- und CO₂-Infrastruktur und sogar Beschaffungsquoten für Rezyklate.

Margaret Thatcher soll gesagt haben, das Problem des Sozialismus sei, dass ihm irgendwann das Geld anderer Leute ausgehe. Inwiefern glauben Sie, dass diese dauerhaften Subventionen eine Lösung für den deutschen Standort sein können und auch bezahlbar sind?

Dietmar Brockes (FDP): Ich würde gern Professor Golla vom VCI fragen: Sie kritisieren den europäischen Emissionshandel in der derzeitigen Ausgestaltung und fordern unter anderem eine Beibehaltung der kostenlosen Zertifikatzuteilung. Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die geplanten Regelungen zum CBAM als Schutzinstrument gegen Carbon Leakage?

Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes: Wir starten mit Herrn Felsch in die Antwortrunde. Bitte.

Alexander Felsch (unternehmer nrw): Herr Stinka, Sie haben den Kongress angesprochen, der gestern in Berlin stattgefunden hat, und zwar meines Wissens parteiübergreifend. Ihr letzter NRW-Ministerpräsident war dabei. Er hatte sich auch schon Anfang des Jahres gemeinsam mit Thomas de Maizière, Frau Jäkel und anderen mit einer Agenda für die Modernisierung des Staates verdient gemacht.

Wir halten es für gut, richtig und notwendig, diese Themen anzugehen. Am Ende kommt es schlicht auf die Umsetzung an. Wie viel davon landet in der Realität? Daher richtet sich unser Blick auf die Ministerpräsidentenkonferenz, die in zwei Tagen stattfinden wird und bei der eine Modernisierungsagenda beschlossen werden soll. Ich bin bzw. wir sind sehr gespannt darauf, was darin steht, was es konkret für uns hier in Nordrhein-Westfalen bedeutet und wie sehr es die Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und Industrie tatsächlich steigert.

Wir haben unter anderem im Bereich des Ausbaus und des Erhalts der Infrastruktur sehr viel vor uns: die Planungs- und Genehmigungsverfahren und, wenn die Standorte entsprechend attraktiv sind, auch große Transformationsinvestitionen in die gesamte industrielle Wertschöpfungskette, in der die chemische Industrie ein unverzichtbares und an vielen Punkten immer wieder auftauchendes Element ist. Das ist das To-do.

Sie haben nach konkreten Ansatzpunkten gefragt. Das wären auf jeden Fall das Landeswassergesetz und das Landesnaturschutzgesetz. Die Punkte, in denen beide über das Bundesrecht hinausgehen, sind – jetzt muss ich überlegen – circa 2014 beschlossen worden. Dann gab es beim Landesnaturschutzgesetz noch einmal eine kleinere Novelle, im Zuge derer bei den Klage-, Vorkaufs- und Beteiligungsrechte von anerkannten Naturschutzvereinigungen keine Korrekturen in Richtung dessen vorgenommen wurde, was bundesgesetzlich normiert ist.

Die Regelungen, die von Herrn Minister Remmel und der damaligen rot-grünen Landesregierung eingebracht und dann vom Landtag verabschiedet wurden, gelten daher

weiterhin fort. Was will ich damit sagen? Dieses Thema beschäftigt uns nun schon seit Längerem, was nicht heißt, dass es an Aktualität verloren hätte. Es drängt nun umso mehr, da die Wettbewerbsfähigkeit so unter Druck steht.

Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank. – Herr Professor Golla, Sie wurden gleich dreimal angesprochen und hätten bis zu neun Minuten Zeit. Bitte.

Prof. Dr. Winfried Golla (Verband der Chemischen Industrie, Landesverband Nordrhein-Westfalen): Prima. Vielen Dank. Wir sind mit Bedacht zu zweit und teilen uns das etwas auf. Ich fange mit der Frage zum Pakt an. Die beiden Fragen zu Wasserstoff und CBAM werden von Jan Hinterlang übernommen.

Zum Chemie- und Raffineriepakt. Es wird, wie ich vorhin bereits gesagt habe, von uns sehr begrüßt, dass dieser Pakt zustande gekommen ist. Wir haben die für uns wichtigen Positionen, bezüglich derer seitens der Politik als Nächstes und auch schnell etwas passieren muss, vorhin schon grob dargelegt. Wir sehen NRW als Industrieland, das als Anwalt der Industrie auftreten sollte. Man kann dies mit Selbstbewusstsein und stolzeschwellter Brust tun. Hier befindet sich die Grundstoffindustrie, die Chemie und alles darum herum, was in den Wertschöpfungsketten zusammenhängt.

Unser Wunsch lautet, dass das, was in diesem starken Pakt steht und auch aus Ihren Reihen kommt, nämlich eine massive Unterstützung der Chemie, von allen zusammen, sozusagen in einer Allianz, und von jedem einzelnen über die jeweiligen Kanäle nach außen getragen wird. Wir würden es uns sehr wünschen, dass es als eine Art Momentum bzw. Chance genutzt wird, wenn die Chemieagenda auf Bundesebene startet – sie soll im Dezember angegangen und Ostern abgeschlossen werden –, weil es sich mit allem deckt, was auch aus Ihren zahlreichen Aktivitäten erwachsen ist.

Es wurde auch gefragt, welche Rolle die übrigen Länder spielen. Wir werden aus der Chemie- und Raffinerieindustrie konkret angesprochen: Mensch, was habt ihr denn da Tolles gemacht? Dadurch entsteht Druck auf die entsprechenden Landesregierungen. Wenn sich NRW mit diesen Botschaften an die Spitze stellte, andere starke Chemieländer dazu nähme und das in Richtung Bund trüge, wäre das ein starkes Signal. Es würde uns helfen, auch wenn es in der EU um den EU Chemicals Industry Action Plan geht. Chapeau dafür, dass das zustande gekommen ist, und für alles, was Sie hier tun.

Gehen Sie gemeinsam in Richtung Bund und Brüssel. Das wäre vielleicht sogar noch ein Appell, nicht nur eine Antwort.

Jan Peter Hinterlang (Verband der Chemischen Industrie, Landesverband Nordrhein-Westfalen): Zum Thema „Wasserstoff“ hatten Sie nach den Bedarfen gefragt. Für uns ist klar: Wasserstoff ist weiterhin eine Säule der Transformation der chemischen Industrie. Wir haben im vergangenen Jahr unsere Studie „Chemistry4Climate“ aktualisiert und entsprechende Bedarfe in unterschiedlichen Szenarien aufgezeigt. Wir sprechen je nach Szenario über eine Bandbreite von 107 bis 243 Terawattstunden Wasserstoff.

Wir schauen gerade im Kontext der trilateralen Strategie für die chemische Industrie in Nordrhein-Westfalen, in den Niederlanden und in Flandern, wie sich die Bedarfe darstellen und welche Implikationen dies für die Infrastruktur hat. Die Studie wird Anfang des nächsten Jahres veröffentlicht werden, sodass wir hier sicherlich auch noch einmal einige Erkenntnisse gewinnen können.

Das große Problem ist die Wirtschaftlichkeit des Wasserstoffeinsatzes. Herr Basten hat vorhin angesprochen, dass Projekte in der Schublade liegen, angegangen bzw. zum großen Teil auch vorangetrieben werden, die Wirtschaftlichkeit allerdings fehlt. Das liegt am regulatorischen Kontext, der insbesondere mehr Pragmatismus mit Blick auf die vorhin schon angesprochene Farbenlehre braucht, bzw. einen Fokus auf den CO₂-Fußabdruck der jeweiligen Herstellungsvariante und keine Festlegung auf einzelne Farben.

Zweitens verweise ich auf die Grünstromkriterien, die über den entsprechenden Delegated Act auf der europäischen Ebene angelegt worden sind und definieren, mit welchem Strom grüner Wasserstoff hergestellt werden kann. An dieser Stelle brauchen wir deutlich mehr Pragmatismus, damit wir eher zu einer Wirtschaftlichkeit von entsprechenden Projekten kommen.

Dann wurde das Thema „CBAM“ angesprochen. Diesen halten wir nicht für eine praktikable Lösung für die chemische Industrie und in keinem Fall für einen adäquaten Ersatz für die kostenlose Zuteilung. Warum ist es für uns so entscheidend, sehr kurzfristig in einem parlamentarischen Schnellverfahren zu einer Reform des ETS zu kommen? Wir argumentieren damit, dass über CBAM kein entsprechender Carbon-Leakage-Schutz gewährleistet ist. Wir haben zum einen das Problem von Wertschöpfungsketteneffekten. Zudem werden Exporte nicht berücksichtigt. Ein wesentlicher Punkt ist auch die komplexe Emissionsberichterstattung, die für die Unternehmen so nur schwer möglich und über die verflochtene Wertschöpfungskette der chemischen Industrie in keinem Fall unbürokratisch ist.

Die Umgehungsmöglichkeiten sind auch für Importeure ein Thema. Aus unserer Sicht muss der Carbon-Leakage-Schutz daher kurzfristig über die Reform des Emissionshandelssystems angegangen werden, nicht über CBAM und in keinem Fall über eine Erweiterung auf die chemische Wertschöpfungskette, solange diese Kernfragen nicht geklärt sind.

Daniel Koch (Basell Polyolefine): Ihre Frage bezog sich auf die Förderung und deren zeitliche Perspektive. Die Firma LyondellBasell investiert am Standort in Wesseling aktuell in eine Recyclinganlage. Es ist ein mehrere hundert Millionen Euro teures Projekt. Dieses soll am Ende etwa 50.000 t Kunststoff rezyklieren und wieder in wertvolles Kunststoffmaterial überführen. Wir planen Lieferungen ab 2027

Schon heute schauen sich Kunden diese Anlagen an den Standorten an. Oft kommt die Rückmeldung, dass noch abgewartet werden müsse, ob die Verträge, die man abschließen möchte, jetzt schon abgeschlossen werden könnten, weil zum Beispiel Recyclingquoten in Verpackungsmaterialien in Deutschland nicht verbindlich sind.

Insofern ist die Forderung im Antrag der SPD-Fraktion auch zielführend, Recyclingquoten für 2030 und 2050 einzuführen.

Ein zweiter Aspekt in diesem Kontext ist die zeitliche Einordnung. Sie sprachen auch die Förderung zum Beispiel im Strompreisbereich durch den Industriestrompreis und die Strompreiskompensation an. Dabei muss man meines Erachtens einfach die zeitliche Abfolge bedenken. Wir sind aktuell in einer starken Transformationsphase und müssen jetzt überleben, um diese zu überstehen. Langfristig sind wir von LyondellBasell davon überzeugt, dass Transformation unvermeidlich ist, und wir sehen darin auch langfristige Chancen.

Die Anlage in Wesseling, die ich ansprach, schafft 50 Arbeitsplätze für 50 neue Kollegen, die wir auch schon eingestellt haben und die mittlerweile bei uns arbeiten. Wir wissen aus der chemischen Industrie, dass dadurch auch weitere Arbeitsplätze entstehen können. Wir glauben, dass wir wettbewerbsfähig sind, wenn wir die Transformation schaffen – deswegen investieren wir hier –, und erst dann kann man die Frage wieder stellen, ob diese Subventionen, Förderungen und Quoten weiterhin nötig sind.

Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank. – Wir starten die vierte Runde mit Frau Teschlade von der SPD-Fraktion. Bitte.

Lena Teschlade (SPD): Vielen Dank. – Herr Vorsitzender! Herr Kirli von der IG BCE, uns würde Ihre Einschätzung zum Chemiepakt der Landesregierung interessieren. Dabei geht es uns insbesondere darum, was es aus Sicht der Gewerkschaft jetzt braucht, wenn wir den Zertifikatshandel anpassen, damit auch an den deutschen Standorten investiert und Beschäftigung gesichert wird

Michael Röls-Leitmann (GRÜNE): Herr Dr. Sievering, Sie stellen die Investitionsunsicherheit der Unternehmen bezüglich der infrastrukturellen Voraussetzungen und politischen Rahmenbedingungen als zentrale Herausforderung für das Gelingen der Transformation dar. Welche konkreten landespolitischen Hebel sehen Sie, mit denen diese Unsicherheiten reduziert und Investitionen in die Transformation an den Standorten in Nordrhein-Westfalen angereizt werden können?

Dr. Christian Untrieser (CDU): Herr Basten, mir geht es um den Bereich „Kunststoffrecycling“ bzw. „chemisches Recycling“. Herr Koch hat es schon angesprochen. Es gab nach meiner Erinnerung damals eine gute Grundsteinlegung mit dem Kanzler. Meine Frage an Evonik lautet: Haben auch Sie solche Pläne? Welche sind die größten Hebel, die man auf der Landesebene schaffen kann, wenn es darum geht, der zirkulären Wirtschaft zum Durchbruch zu verhelfen, und welche sind andererseits die größten Hürden?

Christian Loose (AfD): Meine vierte Frage geht wieder an Herrn Jastrzab von en2x – Wirtschaftsverband Fuels & Energy. Sie schildern in Ihrer Stellungnahme, dass deutsche Raffinerien unter extremen Strom- und Gaspreisen leiden, das EU-ETS die Kosten hochtreibt, die Wirtschaftlichkeit gefährdet und so die CO₂-Kosten wie ein Standort-

vernichtungsprogramm wirken. Dagegen wollen Sie einen Industriestrompreis und Kompensationen aller Art setzen.

Das Land soll flankierende Maßnahmen ergreifen. Die Netzentgelte sollen subventioniert und damit dauerhaft gesenkt werden. Meine Frage an Sie lautet: Wie lange ist unsere Raffinerie- und Chemieindustrie noch überlebensfähig, wenn Deutschland seine Energiepolitik nicht maßgeblich ändert?

Dietmar Brockes (FDP): Herr Jastrzab, Sie betonen in Ihrer Stellungnahme die sicherheitspolitische Bedeutung einer gesicherten Raffinerieversorgung. Welche konkreten Maßnahmen sollten Bund und Land ergreifen, um diese Versorgung im internationalen Wettbewerb und vor dem Hintergrund einer angespannten geopolitischen Lage auch ohne ein nationales Mineralölunternehmen dauerhaft resilient zu sichern.

Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes: Wir steigen in die Antwortrunde ein. Als Erstes hat Herr Kirli das Wort. Bitte.

Ömer Kirli (IGBCE): Herzlichen Dank. – Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Teschlade, vielen Dank für Ihre Frage. Wir haben den Chemie- und Raffineriepakt mitverhandelt, und zwar sozusagen in Folge der erklärten Absicht von BP, die Raffinerie zu verkaufen. Dieser Verkauf hätte Folgen für die gesamte Wertschöpfungskette des nördlichen Ruhrgebiets gehabt. Daraufhin entstand die Idee, einen Chemie- und Raffineriepakt zu schaffen, den wir dann gemeinsam mit VCI und en2x unterschrieben haben.

Ich benenne gern einige konkrete Punkte, die uns dazu bewegt haben. Einerseits ist es die erklärte Absicht, den EU-ETS-Markt zu reformieren, das Thema „Energieversorgung“ und unter anderem die Themen „Technologieoffenheit“ sowie „CCUS“ noch einmal anzupacken. Schaut man sich diese Maßnahmen konkreter an, ist zu sehen, dass die derzeit wirklich desolate Situation in der chemischen Industrie anerkannt wird. Wir brauchen umfassende Maßnahmen, die die Landesregierung mittragen möchte.

Der Pakt enthält einige gute Punkte zum Beispiel mit Blick auf den Ausstieg aus der Kohleverstromung 2030. So erklärt das Land, dass man sich intensiver für den Ausbau der Gaskraftwerke einsetzen wird, damit unsere Energieversorgung – ich sage mal – sicher ist. Das ist gerade mit Blick auf die Dekarbonisierungsprozesse in der chemischen Industrie notwendig, die eine Elektrifizierung erfordern werden. Diese wird bei einem abnehmenden Angebot zu einem höheren Stromverbrauch führen. Das muss man anerkennen.

Ein weiterer Aspekt betrifft eine Detailfrage im Chemie- und Raffineriepakt. Dort ist beispielsweise von der Ausgestaltung oder dem Ausbau möglicher Finanzierungsinstrumente mit Blick auf das Thema „Transformation“ die Rede. Wir wissen, dass es bei der NRW.BANK beispielsweise ein Programm gibt, mit dem Investitionskosten mit zinsvergünstigten Krediten im Umfang von roundabout 10 Millionen Euro unterstützt bzw. mitgetragen werden. Eine Anlage in der chemischen Industrie kostet aber deutlich mehr. Dort sind dreistellige Millionenbeträge notwendig. Deswegen ist dort dringend eine Aufstockung erforderlich.

Herr Basten hat vorhin davon gesprochen, dass es den Unternehmen an CapEx-Mitteln mangelt. Gerade dieses Thema müsste die Landesregierung aufgreifen und beihilferechtskonform entsprechende Instrumente schaffen.

Dr. Christoph Sievering (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie): Die Frage an mich bezog sich auf die Investitionsunsicherheit und darauf, was die Landesregierung tun kann. Sie kann sicherlich weder bundesweit noch in der EU Gesetze ändern. Ihr fällt jedoch die Aufgabe zu, sich für Industrie einzusetzen, Impulse zu setzen und immer wieder dafür zu sorgen, dass wir Geschwindigkeit aufnehmen. Das Thema wurde heute mehrfach angesprochen, und mehrere meiner Vorredner haben gesagt: Wir brauchen Geschwindigkeit.

Zur Verdeutlichung möchte ich ein Beispiel anführen. Wir haben viel über das EU-ETS gesprochen. Ich würde als Außenstehender schätzen, dass an den Standorten der Petrochemie in Gelsenkirchen, Worringen oder Wesseling grosso modo 80 Millionen bis 100 Millionen Euro pro Jahr für Zertifikate draufgehen. Diese Summe steigt sicherlich, und zwar einmal, weil freie Zuteilungen abgeschmolzen werden und auf der anderen Seite ETS-Kosten bzw. Preise für Zertifikate sich bis 2030 oder 2035 erwartbar verdoppeln bzw. sicherlich noch weiter steigen.

Wann wird ein Projekt voraussichtlich umgesetzt sein, wenn ein Unternehmen jetzt groß in die Transformation investieren möchte? Es müssen sehr detaillierte Engineering-Aufträge vergeben und Genehmigungen eingeholt werden. Letzteres ist hinsichtlich der Bürokratie sicherlich keine leichte Übung. Das Thema hatten wir schon. Dann muss bestellt und umgesetzt werden.

Sagen wir einmal: 2035. Das ist schon sehr ambitioniert, aber selbst dann fließen zehn Jahre lang mindestens 100 Millionen Euro ab und sind weg – sie stehen auch nicht mehr für Investitionen zur Verfügung; wir reden über eine extreme Menge Geld –, bevor überhaupt die Chance besteht, etwas zu ändern bzw. auf etwas einzuwirken.

Was würde man wählen, wenn man sich heute auf ein Mittel zur Transformation festlegen wollte? Setzt man auf Elektrizität, Wasserstoff oder die CO₂-Infrastruktur? Es ist noch gar nicht klar, welches Konzept ich im Engineering behandeln soll und wofür ich eine Genehmigung einholen will. Diese Unsicherheiten, bestehen. Man kann auch gar nicht anfangen, irgendetwas zu planen. Selbst wenn, ist aufgrund vieler ausstehender nationaler Strategien überhaupt nicht klar, ob es überhaupt einen Business Case dafür gibt. Wenn ja, wie sieht der aus?

Das meine ich mit den Unsicherheiten, die heute existieren. Unterdessen fließt Geld aus den Unternehmen einfach ab. Viele Unternehmen werden das im Hinterkopf haben und überlegen: Werde ich überhaupt einen Business Case haben? Konsolidiere ich besser jetzt oder später? Denn diese Kosten fließen jedes Jahr ab.

Thomas Basten (Evonik Operations): Die Frage lautet immer – das geht auch ein bisschen in Ihre Richtung, Herr Loose, weil Sie vorhin Herrn Koch danach gefragt haben –: Wie lange will man eigentlich was und in welcher Höhe subventionieren? Am Ende lautet die Frage: Was ist denn jetzt der politische Wille? Will ich recyceln? Will

ich Nachhaltigkeit? Wenn ja, dann macht ein Unternehmen das mit Sicherheit gern, wenn es gut Geld verdient.

Wir haben es auch gemacht und sind an vielen Stellen in Vorleistung gegangen. Wir haben viele Projekte losgetreten, Versuchsanlagen her- oder hingestellt. Wenn das Unternehmen aber kein Geld mehr verdient, wird es genau die Dinge, die keine eigene Wirtschaftlichkeit aufweisen, als Allererstes abstellen. Wenn ich es politisch dann trotzdem will, muss ich es subventionieren, ansonsten macht es keiner, und ich müsste es selbst übernehmen. Es ist am Ende immer eine Frage der Wirtschaftlichkeit. Wenn etwas von sich aus nicht wirtschaftlich ist, wird es keiner tun.

Das ist das Problem bei dem Recycling. Wir haben zwei Verfahren, mit denen wir aus grünem Wasserstoff und CO₂ alternative C-Moleküle herstellen. Wir haben verschiedene Verfahren und unheimlich viele Anfragen von Unternehmen, die sich ansiedeln wollen, um so etwas zu tun. Voraussetzungen wie grünen Wasserstoff und CO₂ haben wir genug. Es kommt aber nicht ans Laufen, weil am Ende kein Abnehmer bereit ist, mehr für diesen Rohstoff, diese alternativen C-Moleküle, zu zahlen.

Ich müsste den Bürger dazu zwingen, mehr dafür zu zahlen bzw. sich einen nachhaltigen Pulli oder Teppich zu kaufen, damit irgendjemand auch bereit ist, für die Produkte zu zahlen. Das System funktioniert aber noch nicht. Jeder hätte gerne grüne Produkte, es ist jedoch keiner dazu bereit, mehr dafür auszugeben. Da drehen wir uns so ein bisschen im Kreis.

Wir haben gerade eine große Anfrage bzw. sind einer von fünf Standorten in Österreich, den Niederlanden und Deutschland, die von einem großen kanadischen Investor untersucht werden, der in das Kunststoffrecycling einsteigen will, um aus PET-Rezyklat, also aus PET-Flaschen, wieder einen Rohstoff herzustellen. Um einen Business Case zu rechnen, braucht er Antworten auf genau diese Fragen: Was kostet der Strom jetzt, in fünf oder in zehn Jahren? Das können wir ihm nicht beantworten. Wie hoch sind die sonstigen Kosten drumherum? Das können wir ausgesprochen schwer beantworten. Wir haben allein Aussichten, wie die Lohnkosten steigen werden. Am Ende wird es wieder die Frage der Wirtschaftlichkeit, der Verlässlichkeit und der Planbarkeit sein. Wir kommen eigentlich immer wieder zu denselben Punkten.

Zu der Frage nach den Hürden und möglichen Hebeln. Entweder muss ich den Abnehmermarkt vorgeben oder es subventionieren. Ansonsten wird es langfristig nicht funktionieren, obwohl wir wohl alle wissen, dass wir C-Moleküle langfristig irgendwie alternativ herstellen können müssen. Es wird nicht so schnell gehen, wie wir uns das alle wünschen würden. Wir müssen machbar dorthin kommen. Dabei gehen sicherlich auch alle mit. Ich kann es nicht mit der Brechstange machen, und das ist im Moment das Problem: Es wird mit der Brechstange versucht; da es wirtschaftlich nicht darstellbar ist, wird es jedoch so nicht funktionieren.

Simon Jastrzab (en2x – Wirtschaftsverband Fuels und Energie): Vielen Dank für die beiden Fragen an mich. Die erste betraf das Thema „Energiepreise und Wettbewerbsfähigkeit“. Ich hatte es schon in meiner ersten Antwort gesagt: Bei der Wettbewerbsfähigkeit geht es im Energiebereich um mehr als die Strompreise, nämlich auch

um Gas und um die CO₂-Preise. Das umfasst auch die schon genannten Themen „EU-ETS, Industriestrompreis, Netzentgelte“.

Dies sind wie gesagt Kurzfristmaßnahmen, die aus unserer Sicht jetzt notwendig, aber allein nicht ausreichend sind. Der Gesamtmix der Rahmenbedingungen muss richtig gesetzt werden. Diesen Bogen hatte ich auch in meiner ersten Antwort aufgespannt.

Bezüglich Ihrer Frage, Herr Loose, wie lange die deutsche Industrie überlebensfähig ist? Wenn der Gesamtmix richtig aufgesetzt ist, dann halte ich NRW und die deutsche Industrie für unbegrenzt überlebensfähig. Aber es ist wichtig, dass man dort jetzt den entsprechenden Rahmen setzt.

Zu der Frage der FDP-Fraktion. Vielen Dank dafür, weil sie aus meiner Sicht sehr wichtig und aktuell ist. Versorgungssicherheit, Verteidigungsfähigkeit, Resilienz – all dies geht mit einer leistungsfähigen Raffinerie und Mineralölwirtschaft einher. Wir als Mineralölwirtschaft haben es in verschiedenen Krisen der vergangenen Jahre, etwa während der Coronapandemie oder der Energiekrise 2022/2023, immer geschafft die Versorgungssicherheit aufrechtzuerhalten. Trotz angespannter Versorgungslagen gab es keine leeren Tankstellen, frierende Hausbewohner oder irgendwelche gerissenen Lieferketten.

Jeder aus dem Verteidigungsbereich, mit dem wir sprechen, sei es jemand vom Verteidigungsministerium, von der Bundeswehr oder auch von der Rüstungsindustrie, versichert uns, dass eine sichere Versorgung mit Kraft- und Treibstoffen die Grundvoraussetzung dafür ist, verteidigungsfähig zu sein. Kein Panzer oder Eurofighter kann ohne flüssige Energieträger betrieben werden.

Hinzu kommt: Im Krieg in der Ukraine sieht man an den Angriffen auf Raffinerien und Tankläger, welche strategisch wichtige Bedeutung die Mineralölversorgung hat. Man kann wohl sagen, dass wir, um diese aufrechtzuerhalten, eine leistungsfähige Raffinerie- und Mineralölwirtschaft und eine wettbewerbsfähige Industrie.

Damit sind wir ganz schnell wieder bei den Rahmenbedingungen. Es wurde schon gesagt, dass auch unsere Mitglieder im internationalen Wettbewerb stehen, teilweise untereinander, aber teilweise auch innerhalb der internationalen Konzerne. Deswegen ist es wichtig, dass wir den Rahmen hier so setzen, dass die Investitionen auch in Deutschland stattfinden und wir damit eine leistungsfähige Mineralölversorgung aufrechterhalten können.

Bezüglich konkreter Maßnahmen stecken in dem kürzlich verabschiedeten Chemie- und Raffineriepakt sicherlich sehr viele super Dinge. Ich kann mich dem Appell von Herrn Golla eigentlich nur anschließen, diese jetzt auch anzupacken und umzusetzen sowie auf die Bundesebene und auf die europäische Ebene zu tragen, und damit schrittweise auch die Rahmenbedingungen anzupassen. Ich kann es mir wohl sparen, diese noch einmal aufzuzählen.

Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank. Wir starten in die fünfte Frageunde. Herr Stinka von der SPD-Fraktion. Bitte.

André Stinka (SPD): Herr Vorsitzender! Vielen Dank. – Wir haben noch einmal eine Frage an Herrn Koch von Basell Polyolefine. Sie haben in Ihrer Stellungnahme die Bedeutung – darüber reden auch wir häufig – von Steam-Crackern als Prozessbindiglied zwischen Raffinerie und chemischer Produktion angesprochen. Dabei haben Sie vier Cracker an drei Standorten in Gelsenkirchen, Worringen und Wesseling genannt, deren Fortbestand zum Teil nicht gesichert ist. Für unser Verständnis: Wie wichtig sind gerade diese Einrichtungen für die Produktion?

Michael Röls-Leitmann (GRÜNE): Unsere nächste Frage richtet sich an Herrn Kirli von der IGBCE und bezieht sich auf den Vorschlag, verstärkt Direktstrombelieferungen für Betriebe durch erneuerbare Energieanlagen wie zum Beispiel Windräder zu ermöglichen. Sie haben sich dem gegenüber ein Stück weit skeptisch gezeigt und verweisen auf die Volatilität von Wind und Solar. Gleichzeitig soll die Direktstromversorgung nicht die alleinige, sondern eine ergänzende Stromversorgungsoption der Unternehmen sein. Könnten Sie Ihre konkreten Bedenken gegen diese Idee darlegen?

Dr. Christian Untrieser (CDU): Das trifft sich gut. Ich stelle quasi die gleiche Frage, aber an Herrn Basten. Wir wissen zum Beispiel, dass Stahlerzeuger wie thyssenkrupp von einigen Windparkbetreibern direkt beliefert werden. Ist das für den Chemiepark Marl auch eine Option? Haben Sie so etwas im Blick oder würden Sie sich das für die Zukunft vorstellen können?

Christian Loose (AfD): Meine fünfte Frage richtet sich an Herrn Basten von Evonik. Sie sagten, dass Sie die Transformation befürworteten und gut fänden. Sie sagten auch, jeder hätte gerne grüne Produkte, wolle aber nicht dafür bezahlen. Ist es nicht gerade das Merkmal der Marktwirtschaft, dass sich der Kaufwille in der Bereitschaft ausdrückt, einen bestimmten Preis zu bezahlen?

Von der Regierung und von verschiedenen Parteien hört man immer wieder, Wasserstoff sei die Energie der Zukunft. Sie selbst sagten vorhin, dass Sie verschiedene Anlagen mit Wasserstofftechnologien errichtet hätten. Diese sind also aus Ihrer Sicht einsatzbereit. Wenn nun alle, wie Sie sagen, grüne Produkte haben wollen, warum setzen Sie diese als Zukunftstechnologie bezeichnete Wasserstofftechnologie nicht ein? Wer hindert Sie daran, diese Energie der Zukunft zu nutzen? Können Sie das bitte näher erläutern?

Dietmar Brockes (FDP): Herr Felsch, Sie begrüßen, dass im Rahmen des Chemie- und Raffineriepakts der Landesregierung die Wettbewerbsfähigkeit intensiv debattiert und Handlungsansätze abgeleitet werden. Wären entsprechende Maßnahmen auch für andere Branchen nötig, um der Deindustrialisierung entgegenzuwirken?

Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes: Dann steigen wir auch gleich wieder in die Antwortrunde ein. Herr Koch wurde als Erstes gefragt. Bitte.

Daniel Koch (Basell Polyolefine): Herr Stinka, vielen Dank für die Frage. Ich versuche, das zu erklären. Ich bin Chemiker und hoffe, es wird kein Fachvortrag. Wir betreiben

Raffinerien in Nordrhein-Westfalen. Hier gibt es traditionell auch sehr viel Chemieindustrie, die Thema der heutigen Anhörung ist. Die Cracker bilden tatsächlich das Bindeglied zwischen diesen beiden Prozessen.

Raffinerien produzieren viele Kraftstoffe. Eine wichtige Fraktion aus diesen Raffinerien wird in Crackern in die chemischen Grundstoffe umgewandelt, die dann zum Beispiel die Firma Evonik verwendet. Gleiches gilt für viele andere Unternehmen wie Bayer, LANXESS, Covestro, eigentlich für alle, die an diesen Standorten Rang und Namen haben. Diesen Crackern kommt die unglaublich wichtige Funktion zu, die Stoffe der Raffinerie zu chemisch verwertbaren Produkten für die hochwertschöpfende Downstream-Chemie zu verarbeiten.

Mein Standortkollege Herr Basten hat es auch schon angedeutet: Wir alle sind hochgradig integriert, das ist ein super Standortvorteil und geht über die einzelnen Standorte hinweg. Unternehmen im NRW-Chemiecluster sind über Pipelines und langjährige Lieferbeziehungen sehr stark miteinander vernetzt. Sollten diese Cracker dann nicht mehr zur Verfügung stehen, wären die Konsequenzen meines Erachtens relativ schwer abzuschätzen.

In NRW sind noch einige Cracker in Betrieb. Dort werden etwa 3,5 Millionen t Ethylen pro Jahr produziert. Das macht nur ungefähr ein Drittel des Materials aus, das so ein Cracker produziert. Der Rest ist für die Chemieindustrie. Die Konsolidierung dieser Industrie hat begonnen.

In Europa – das zeigen unsere Analysen – haben wir etwa 20 % der Crackerkapazitäten verloren, auch Deutschland ist mit dabei. Wenn wir jetzt nicht die richtigen Schritte gehen und die von mir bereits angesprochene Strompreiskompensation nicht schnell derart anpassen, dass Cracker in den Bezieherkreis fallen, würden weitere Crackerkapazitäten wegfallen. Dann wäre es für NRW schwierig, die Chemieindustrie so wie bisher weiterzuführen, weil Cracker ein enorm wichtiges Bindeglied sind.

In der Konsequenz könnte man die Chemikalien anderswo kaufen; das würde die Chemieindustrie in Nordrhein-Westfalen jedoch noch weiter schwächen, weil dann noch Transportkosten dazukämen. Man würde eine gewisse Unabhängigkeit verlieren, die hier vorhin schon angesprochen wurde.

Ömer Kirli (IGBCE): Ganz herzlichen Dank an die grüne Fraktion für die Frage. Meine Stellungnahme bezog sich darauf, dass einerseits der Strombedarf steigt, beispielsweise durch die Dekarbonisierung, die Transformation und durch hinzukommende Gesellschaftsbereiche wie Rechenzentren oder Ansiedlungen, andererseits aber das Angebot, insbesondere des grundlastfähigen Stroms, zurückgeht. In einigen Prozessen ist eine konstante Energieversorgung notwendig. Gelingt sie nicht, zum Beispiel in der Dunkelflaute, gehen die Anlagen schlichtweg kaputt und sind für die Herstellung nicht mehr verwendbar.

Ich möchte ein Beispiel aus der glaserzeugenden Industrie geben: Wenn die Glaswanne abkühlen, dann sind diese nichts mehr wert und können nur noch entsorgt werden. Es handelt sich um Investitionskosten von circa 40 Millionen Euro pro Glaswanne. Dieses Beispiel habe ich gerade im Kopf, es gibt jedoch sicherlich viele weitere.

Auch bei elektrifizierten Crackern – die Idee gibt es – müsste eine konstante Energieversorgung sichergestellt sein, auch in der Dunkelflaute. Wenn das nicht gelingt, dann können wir Hochtemperaturprozesse nicht elektrifizieren, und ein großer Dekarbonisierungspfad geht verloren.

Thomas Basten (Evonik Operations): Ich kann die beiden an mich gerichteten Fragen wohl kombiniert beantworten, fange aber mit der ersten Frage von Herrn Dr. Untrieser an. PPA setzen wir schon ein. Wir haben bereits sehr umfangreiche Stromlieferverträge mit Offshorewindkraftbetreibern, insbesondere bei der Evonik. Auch im Chemiapark Marl verfügen viele Standortgesellschaften über eigene Stromverträge.

Wir sind mit unseren vier eigenen Kraftwerken auch selbst ein großer Stromerzeuger und handeln den Strom an der Börse. Theoretisch fließen die Elektronen vielleicht zu unseren Kunden im Chemiapark, teilweise speisen wir ins Netz ein, teilweise geht es umgekehrt. Wir sehen dabei eine deutlich zunehmende Volatilität, das heißt: Die Preise gehen extrem hoch und runter, teilweise ins Negative. An einem Tag haben wir manchmal Unterschiede von 100 bis 300 Euro zwischen den morgens, mittags und abends bzw. an den Wochenenden aufgerufenen Preisen.

Heute geht es wieder, aber wir hatten zuletzt recht diesige Tage. Dann sind die Strompreise sehr hoch, wir produzieren Strom und speisen ihn auch ins Netz ein. Umgekehrt ist es, wenn die Strompreise sehr niedrig sind, für uns günstiger, den Strom aus dem Netz zu beziehen und in den Gaskraftwerken kein Gas einzusetzen, um eigenen Strom zu erzeugen.

Das ist ein sehr volatiles Geschäft. Deswegen werden diese PPA-Verträge bei uns immer nur anteilig eingesetzt, nie auf die gesamte von uns genutzte Strommenge. Ansonsten müssten wir sie zu vielen Zeiten zu festen Preisen nutzen, obwohl es sich nicht rechnet.

Das ist ein guter Link zum Thema „Wasserstoff“ und zu der Frage, warum wir den heute nicht einsetzen. Er ist zu teuer. Warum ist das so? Weil die Wasserstofferzeugung an sich noch zu viel kostet. Warum ist sie noch zu teuer? Weil sie erst jetzt an den Start kommt. Kurzum: Damit sind wir wieder bei der Verlässlichkeit und Planbarkeit.

Wir hatten recht stark darauf gesetzt, dass die Umstellung bei thyssenkrupp vorgenommen wird und die Direktreduktion mit Wasserstoff erfolgt. Wir hatten im Chemiapark mehrere Elektrolyseprojekte geplant, die jetzt alle auf Eis liegen, weil die Umstellung bei thyssenkrupp augenscheinlich nicht kommt. Die Infrastruktur ist größtenteils schon hergestellt worden, um thyssenkrupp vom Chemiapark aus schon vor der Entstehung des Kernnetzes mit Wasserstoff zu versorgen. Wir haben schon einen Anschluss gelegt und sind sowieso schon angebunden. Aber dadurch, dass das jetzt nicht kam, liegt das ein bisschen auf Eis.

Wie kriege ich das System überhaupt ans Laufen? Ich muss irgendwie anfangen. Wir haben alles, also die Offshorewindenergie an der Küste – davon sind wir nicht weit weg –, die ersten großen Elektrolyseprojekte von RWE und BP in Lingen, die Verbindung bis nach Marl und unterwegs Kavernen. In die Kavernen kann ich den Wasserstoff einspeisen und ihn dort einlagern. Wenn die Strompreise niedrig sind, wird

Wasserstoff erzeugt und in die Kavernen eingespeist. Das ist sogar ein Business Case. Wenn der Strompreis hoch ist, wird der Wasserstoff wieder ausgelagert, und wir können ihn in unseren Kraftwerken wieder in Strom umsetzen. Die Infrastruktur dafür ist vorhanden. Die Mengen sind es noch nicht. Wir brauchen einfach einen Mengenhochlauf. Denn für die Mengen, die bisher laufen würden, ist es viel zu teuer, eine Pipeline anzuwerfen, die Pipelinebetriebs- und Technikkosten zu finanzieren.

Das ist so wie bei allen Dingen, die produziert werden: Wenn ich etwas in Handfertigung in geringen Mengen mache, kostet es ein Vielfaches von dem, was es kostet, wenn ich es in Serienproduktion bzw. in Masse fertige. So ist es auch beim Wasserstoff. Wir brauchen erste große Ankerprojekte, um diesen Wasserstoffhochlauf hinzubekommen. Das funktioniert nicht mit der Gießkanne, indem ich das einfach überall ein bisschen verteile, weil wir dann keinen Mengenhochlauf erreichen.

Wir brauchen eigentlich gezielte Projekte; thyssenkrupp wäre ein solches gewesen, weil da nennenswerte Mengen hingegangen wären. Wir hätten einen Ammoniakcracker bekommen. Das heißt, wir hätten Ammoniak importiert, der dann hier wieder über einen Ammoniakcracker in Wasserstoff umgesetzt worden wäre. Durch diesen Mengenhochlauf kommen die Preise runter.

Wir werden jetzt wahrscheinlich – ich will noch nicht zu viel verraten – in enger Abstimmung mit RWE, die ersten Mengen übernehmen und einsetzen. Das ergibt noch keinen Business Case, wir haben uns jedoch darauf geeinigt, wie wir es machen, damit es ans Laufen kommt. Damit wird weder RWE Geld verdienen, noch werden wir es, aber wir wollen das Thema an den Start bringen, weil wir dann auch unseren potenziellen Kunden grünen Wasserstoff aus der Pipeline anbieten können.

Es müssen erste Projekte kommen, erste Anlagen in Betrieb gehen, die das nutzen. Nur über den Mengenhochlauf kann der Preis sinken, und wenn er das tut – die Gaspreise werden perspektivisch weiter steigen –, dann haben wir irgendwann einen Schnitt. Ob das jetzt in zwei, fünf oder acht Jahren sein wird, kann ich Ihnen nicht beantworten, aber wir müssen die Mengen hochlaufen lassen, um den Preis zu senken, und dann wird sich auch der Business Case ergeben.

Dann wird auch die Anwendung zunehmen, ob in der Mobilität, im energetischen oder stofflichen Einsatz. Letzterer ist erheblich. Für mich wäre die erste Maßnahme immer, dort wo heute grauer Wasserstoff eingesetzt wird, zukünftig grünen Wasserstoff einzusetzen, bevor ich in die Energetik oder in die Mobilität gehe. Es ist, wie ich vorhin sagte, eine Frage der Zeit.

Wir sollten es gezielt machen und auch ganz klar äußern, was wir wollen. Es muss planbar sein. Dann wird es mit diesem Wasserstoff auch funktionieren. Langfristig, glaube ich, wird daran kein Weg vorbeiführen, aber es wird auch hier nicht so schnell und kurzfristig gehen, wie es bisher vielleicht erwünscht war.

Alexander Felsch (unternehmer nrw): Herzlichen Dank für die Frage zu dem Chemiepakt und ob so etwas auch für andere Branchen sinnvoll wäre. Nordrhein-Westfalen ist das letzte Bundesland in Deutschland, das noch über die kompletten industriellen Wertschöpfungsketten verfügt. Unser großer Wettbewerbsvorteil besteht darin, dass

wir Deutschland im Kleinen sind und über alle Schlüsselbranchen hinweg noch alles haben.

Es ergibt sehr viel Sinn, sich sehr genau anzuschauen, wie es in solchen absoluten Schlüsselbranchen, wie den Crackern oder Raffinerien, die am Anfang langer und komplexer Wertschöpfungsketten stehen, aussieht und was wir tun können und müssen, damit wir diese Kernelemente der Wertschöpfungsketten in Nordrhein-Westfalen halten, wie es beim Chemiepakt oder bei der Stahlindustrie schon der Fall ist.

Unsere Aufgabe als Dachverband und meines Erachtens auch die des Wirtschaftsausschusses und des Landtags ist es, die Wirtschaft und Industrie insgesamt zu betrachten. Daher kommt es darauf an, dass der Industrie- und Wirtschaftsstandort insgesamt möglichst wettbewerbsfähig wird. Man muss einen guten Ausgleich dazwischen finden, Schlüsselbranchen sehr genau und in der Tiefe im Blick zu behalten, das Große und Ganze in der Umsetzung jedoch nicht aus dem Auge zu verlieren.

Das entspricht dem, was ich vorhin bezüglich der Genehmigungsbehörden gesagt habe. Es ist für alle zu kompliziert. Wenn wir nur Entlastung für einige schaffen, weil wir uns nicht mehr zutrauen, wäre das der falsche Weg. Man muss schauen, wie man Verfahren für alle beschleunigt. Man kann es auch erst einmal in einer einzelnen Branche oder in einer einzelnen Region tun. Professor Pinkwart hatte damals die Idee einer Sondergenehmigungszone im Rheinischen Revier. Das alles kann man machen. Wichtig ist nur, das, was sich bewährt, schnell und in der Breite auszurollen.

Ein Kernpunkt des Chemiepakts wird momentan intensiv diskutiert, nämlich das Thema „Industriestrompreis“. Dieser ist für die energieintensiven Industrien absolut existenziell, damit sie am Standort Nordrhein-Westfalen in der Substanz erhalten bleiben. Es ist richtig, dass dies im Chemiepakt steht, wir brauchen es aber beispielsweise auch für die sehr mittelständisch geprägte Gießereiindustrie.

Es kommt jetzt auf Folgendes an. Der Bund plant, den europarechtlichen Rahmen eins zu eins umzusetzen. Das ist gut, aber eigentlich muss der europarechtliche Rahmen angepasst werden. Der nächste Schritt wäre, dass Deutschland und Nordrhein-Westfalen gegenüber der Kommission in Brüssel gemeinsam sehr deutlich machen, dass wir noch einmal an den beihilferechtlichen Rahmen herangehen müssen.

Die Entlastung beträgt, so wie es jetzt geplant ist, für die gesamte deutsche Industrie, für die gesamten energieintensiven Industrien, in Summe 3,1 Milliarden Euro. Angesichts der Höhe der Energiekosten für die energieintensiven Industrien im Vergleich mit wesentlichen Wettbewerbsländern und Regionen, wird das nicht genügen. Mehr geht momentan beihilferechtlich nicht. An diesem Punkt könnte man gemeinsam losziehen, dafür werben und deutlich machen, was es braucht, damit die Energieintensiven und damit auch die Wertschöpfung, die in den industriellen Wertschöpfungsketten daran hängt, am Standort Nordrhein-Westfalen erhalten werden können.

Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes: Danke. Wir kommen langsam auf die Zielgerade. Die sechste Fragerunde eröffnet wieder die SPD-Fraktion. Herr Stinka.

André Stinka (SPD): Vielen Dank. – Unsere Frage richtet sich an Herrn Dr. Sievering. Wir haben vorhin schon die geostrategische Bedeutung angetextet. Wir diskutieren das deutlich stärker als vor geraumer Zeit. Wie schätzen Sie die geostrategische Bedeutung der gesamten chemischen Industrie in Nordrhein-Westfalen ein? Was würden wir verlieren, wenn Schließungspläne in einem Verbundstandort umgesetzt würden?

Michael Röls-Leitmann (GRÜNE): Herr Dr. Sievering, wir haben auch positive Standortfaktoren für die chemische Industrie: hochqualifizierte Arbeitskräfte, vernetzte Wertschöpfungsketten, kurze Lieferwege und grundsätzlich auch ein hohes Innovationspotenzial in den Unternehmen. Hinzu kommt eine – ich würde schon sagen – exzellente Wissenschaftslandschaft. Wie kann es aus Ihrer Sicht gelingen, diese positiven Standortfaktoren auch noch weiter zu stärken?

Dr. Christian Untrieser (CDU): Meine Frage richtet sich an den VCI. Es wurde hinsichtlich der Strompreise schon mehrfach der Wunsch nach Verlässlichkeit geäußert. Wenn man im internationalen Wettbewerb steht, möchte man wissen, wo der Strompreis in zwei, fünf oder zehn Jahren liegt. Das ist auf der einen Seite absolut nachvollziehbar. Auf der anderen Seite bin ich in einer Marktwirtschaft nie ganz sicher, wo die Preise liegen. Auch Verbraucher überlegen: Wie teuer sind die Packung Butter oder der Liter Diesel in zehn Jahren? Auch das ist schwierig.

Wir stehen im Wettbewerb mit anderen Marktwirtschaften. Könnten Sie einmal einordnen, wie andere Länder das machen, oder wie es vor 20, 30 Jahren war, als man in Deutschland investiert und kalkuliert hat, wo der Strompreis in den nächsten Jahren liegt, ohne komplette Sicherheit zu haben. Hat sich da etwas verschoben? Sind wir da im Vergleich zu anderen Ländern einfach ganz anders drauf? In China weiß man vielleicht, wo der Strompreis in fünf oder zehn Jahren liegt. Ansonsten, etwa in den USA oder Frankreich, dürfte dies nicht der Fall sein.

Christian Loose (AfD): Ich habe eine Nachfrage an Herrn Basten. Wissen Sie, ich höre seit acht Jahren, also seitdem ich hier im Landtag bin, immer wieder: Wir brauchen nur noch einen Hochlauf, dann wird alles billiger. Das ist auch in der Windindustrie so. Wir haben Preisgarantien von neun bis zehn Cent für die Windindustrie. Man weiß auch in Deutschland, wo die Preise für Strom aus Windindustrieanlagen in 20 Jahren liegen, weil für Onshoreanlagen neun bis zehn Cent garantiert sind, zumindest hier in einer windschwachen Region wie NRW – in Bayern sind es sogar noch mehr.

Die Wasserstofftechnologie ist jetzt seit 1838 bekannt, also auch nicht mehr brandneu. Sie sagten, die Gaspreise müssten steigen, irgendwann würden sie die Kurve der Erzeugungskosten des grünen Wasserstoffes schneiden. Sie stehen weltweit im Wettbewerb. Die Gaspreise müssten also nicht nur in Deutschland – aufgrund von Klimasteuern – anziehen, sondern in der gesamten Welt, damit Sie mit Ihrem grünen Wasserstoff gegenüber den Produzenten im Ausland, die weiter Erdgas nutzen, wettbewerbsfähig sind. Wie hoch müsste der weltweite Erdgaspreis steigen, damit diese Kurven sich schneiden und das Ganze für Sie international wettbewerbsfähig wird?

Dietmar Brockes (FDP): Herr Koch, Sie fordern, dass sich Nordrhein-Westfalen als strategische Region in die europäische Diskussion einbringen soll, insbesondere im Kontext kritischer Produktionskapazitäten. Welche konkreten politischen Schritte wären aus Ihrer Sicht auf Landesebene erforderlich, damit Nordrhein-Westfalen diese Rolle glaubwürdig und wirksam übernehmen kann?

Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes: Dann starten wir in die Antwortrunde. Als Erstes wurde Herr Dr. Sievering zweimal angesprochen. Bitte.

Dr. Christoph Sievering (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie): Vielen Dank. – Sie haben große Fragen gestellt: von NRW in die Welt. Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten sehr stark davon profitiert, dass wir einen sehr freien Handel genossen haben. Wir haben eine Internationalisierung, eine Optimierung weltweiter Wertschöpfungsketten und Lieferketten erlebt und davon profitiert.

Jetzt ist auch von Regierungsvertretern immer wieder zu lesen, dass dieses Zeitalter offensichtlich vorbei sei, wir mit wesentlich stärkeren Egoismen einzelner Wirtschaftsböcke zu rechnen hätten, dieser freie Handel nicht unbedingt fair verlaufe und wir uns ein Wirtschaftsmodell überlegen sollten, das dem gerecht werde und nicht unbedingt dem alten entspreche.

Ich möchte nicht zu sehr ins Philosophieren kommen. Die Frage lässt sich auch auf den Punkt der Resilienz zurückführen, der heute sehr häufig direkt oder indirekt angesprochen worden ist, bzw. darauf, was man damit in Zusammenhang stellen kann. Dieser Begriff ist zwar in irgendwelchen Sonntagsreden sehr salonfähig geworden, dabei aber nicht viel mehr als eine Worthülse geblieben. Das ärgert mich. Wir täten sehr gut daran tun, Kriterien dafür aufzustellen und zu definieren – Herr Basten hat das mehrfach heute gesagt –, was wir eigentlich wirklich wollen.

Herr Basten hat anhand des Beispiels des Chemieparks Marl auch sehr deutlich gemacht, dass es ein bisschen wie ein Kartenhaus ist. – Sie hatten von 20 verschiedenen Unternehmen oder Teilbereichen gesprochen, von denen 18 schon rote Zahlen schrieben. Wir müssen meines Erachtens sehr schnell dahin kommen, zu definieren, was wir wollen und was wir als Gesellschaft von der Industrie erwarten.

Wir sehen, wie viel Konsolidierung stattfindet. Auch dazu wurden Zahlen anhand von Beispielen genannt. Herr Koch hat dies erwähnt. Offensichtlich sind betriebswirtschaftliche Business Cases nicht ausreichend, um Wertschöpfungsketten zu erhalten. Was fehlt, ist eine volkswirtschaftliche Betrachtung dessen. Das spielt in die Frage danach hinein, was wir erwarten und was wir erhalten wollen bzw. was wir eventuell auch nicht brauchen. Diese Fragen werden nicht leicht zu beantworten sein.

Es geht nicht darum, ob wir Klimaschutz wollen, oder nicht, bzw. ob wir das EU-ETS verlängern wollen, oder nicht. Diese Dinge spielen sicherlich mit hinein. Aber wenn wir einen Industriestrompreis für die energieintensive Industrie fordern, heißt das in meinen Augen – Sie hatten von drei Milliarden Euro gesprochen; das ist ein Witz und reicht nicht einmal, um irgendeinen Bäcker mit günstigem Strom zu versorgen –, dass wir

uns fragen müssen, wie wir die Kosten für die Industrie umverteilen. Dann müssen andere Leute einfach mehr zahlen.

Diese Diskussion ist nicht einfach, aber wir führen sie auch nicht. Das ärgert mich ein bisschen, weil wir ausgesprochen viel Zeit auf Diskussionsrunden verwenden, ohne wirklich die Frage zu beantworten, was wir eigentlich wollen.

Prof. Dr. Winfried Golla (Verband der Chemischen Industrie, Landesverband Nordrhein-Westfalen): Die Prognostizierbarkeit des Strompreises ist eine spannende Frage. Ich würde wahrscheinlich viel, viel Geld verdienen, wenn ich dieses Wissen hätte. Ein Punkt wurde mir vorhin leise von Herrn Basten zugetragen, ich will es einmal laut sagen: Vieles in dem Bereich ist hausgemacht. Das Problem ist, dass man regulative Dinge, die dazukommen, schwer voraussagen kann. Vieles, was auf den Strompreis wirkt, haben wir selbst bzw. hat die Politik in der Hand. Insofern ist das nur sehr schwer zu prognostizieren, da hier eine freie Kraftentfaltung stattfindet.

Ob andere Staaten das besser können, weiß ich auch nicht. Ich kann aber sagen: Der Strompreis ist ein fragiles Gut. Die Chemie – das muss man sich einmal vor Augen führen – braucht etwa 10 % des gesamten deutschen Strombedarfs, um daraus tolle Sachen zu machen. Wenn die Chemie transformiert, was sie ja will, braucht sie ein x-Faches davon; wie viel, kann keiner genau prognostizieren.

Das heißt aber: Damit die Transformation gelingt, muss man wettbewerbsfähig sein. Das haben wir heute mehrfach gehört. Das Geld für die Transformation muss dann zunächst erst einmal auch verdient werden. Mit Blick auf den Strom sind diese Dinge, die Sie als Politik beeinflussen können, enorm wichtig, weil wir eben keine Insel sind und über keine globale Kupferplatte verfügen. Wenn die Welt eine Kupferplatte und auch noch supraleitend wäre, dann könnte man Strom nämlich global handeln. So ist es aber nicht.

Alles, was von außen auf Strom einwirkt, ist regional und belastet im Zweifel auch regional. Insofern müssen wir auf dieses Stromthema ganz besonders aufpassen, damit es nicht aus dem Ruder läuft. Die Instrumente Industriestrompreis und Strompreiskompensation sind dabei extrem wichtig. Jan Hinterlang kann dazu noch einen Takt sagen.

Jan Peter Hinterlang (Verband der Chemischen Industrie, Landesverband Nordrhein-Westfalen): Vielleicht ergänzend: Herr Koch von LyondellBasell hat ausgeführt, weshalb die Ausweitung der Strompreiskompensation von so großer Bedeutung ist. In Verbindung mit dem Industriestrompreis kann das eben einen wesentlichen positiven, kurzfristigen Effekt haben. Beim Thema „Industriestrompreis“ ist es für uns noch extrem wichtig, dass eine Kombination der beiden Instrumente möglich wird. Anfang nächsten Jahres werden wir die Ausarbeitung der Förderrichtlinie sehen, die dann auch zur Notifizierung an Brüssel weitergeht. Wir haben die Hoffnung und die Erwartung, dass wir hier zu einer Kombination beider Instrumente kommen.

Ich möchte noch ein Zweites kurz anreißen, weil es bisher noch nicht ausführlicher zur Sprache kam. Im Kontext der Verlässlichkeit der Strompreisentwicklungen spielt die

Netzentgeltreform eine wesentliche Rolle. Der Prozess läuft derzeit bei der Bundesnetzagentur. Gerade das Thema der individuellen Netzentgelte hat eine enorm große Bedeutung für viele Unternehmen der chemischen Industrie.

Dementsprechend sollte aus dieser Reform eine Verlässlichkeit für Unternehmen resultieren, die an der einen oder anderen Stelle die Möglichkeit haben, flexibel zu fahren. Andererseits muss auch eine Entlastung für Unternehmen gegeben sein, die aus Gründen der Produktion in einem Verbundstandort oder der konkreten Prozesse nicht die Möglichkeit haben, Strom flexibel nachzufragen.

Thomas Basten (Evonik Operations): Herr Loose hat mir eine nicht triviale Frage gestellt. Ich versuche trotzdem einmal, sie zu beantworten. Ja, Wasserstoff wird schon lange eingesetzt, der Unterschied ist aber, dass er bisher fast immer aus Erdgas reformiert wurde und die Kosten daher auch mit denen von Erdgas vergleichbar waren. Da gab es eigentlich keinen großen Unterschied.

Wir wollen zukünftig jedoch grünen Wasserstoff einsetzen. Wir können ihn daher nicht mehr aus Erdgas reformieren, sondern müssen ihn in der Regel elektrisch über eine Elektrolyse erzeugen. Die natürlichen Vorkommen sind sehr begrenzt. Von daher ist der Haupteinsatzfaktor nicht mehr Erdgas, sondern Strom. Damit sind wir wieder bei dem Stromthema, das wir die ganze Zeit diskutieren.

Hohe Stromkosten bedeuten hohe Wasserstoffkosten. Ich brauche also niedrige Stromkosten, um günstigen Wasserstoff zu erzeugen. Die dazu erforderlichen Anlagen muss ich möglichst groß bauen und hoch auslasten, um einen möglichst niedrigen Herstellungspreis zu bekommen. Wenn ich dann den Wasserstoff am besten noch genau dort herstelle, wo ich den Strom erzeuge, also an der Offshoreanlage im Meer, dann brauche ich nur noch eine Wasserstoffpipeline und gar keine Kabel mehr, zahle also keine Netzentgelte für die Stromleitung.

Zu den Stromleitungen wollte ich noch anmerken, dass ein Hebel dafür, den starken Hochlauf der Netzentgelte zu reduzieren, einfach darin läge, davon abzusehen, die Kabel weiterhin in der Erde zu vergraben. Das wird die Kosten nämlich hochtreiben. Sie so zu bauen, wie wir das früher gemacht haben, nämlich mit Hochspannungsleitungen – die will nicht jeder haben –, ist am Ende die wirtschaftlichste Lösung. Ansonsten werden die Kosten weiter hochlaufen.

Konkret zu Ihrer Frage: Wir hatten im Februar Erdgaskosten von knapp 50 Euro. 2021, 2022 waren es durchaus bis zu 300 Euro. Wir hatten aber bis 2020 im Schnitt deutlich unter 20 Euro an Kosten. Gaskosten sind also extrem volatil. In den letzten Wochen lagen sie bei 35 Euro. Ich habe soeben nachgeschaut: Jetzt sind wir bei 27 Euro. Wir hatten nicht erwartet, dass die Preise überhaupt wieder so weit runtergehen.

Die waren auch in den Futures – wir kaufen unser Gas eigentlich immer ein Jahr vorher ein – bei Weitem nicht so niedrig gehandelt, wie sie es jetzt sind. Wahrscheinlich werden wir gefragt: Warum habt ihr schon so viel abgesichert? Das ist doch jetzt viel billiger. Ja, wenn man das vorher immer so wüsste.

Ich habe immer überschlägig gerechnet. Der Gaspreis ist das eine. Das andere sind die CO₂-Kosten, die noch dazukommen, wenn ich Wasserstoff mit Gas vergleiche, weil

ich die Erdgasbezugskosten plus die CO₂-Kosten habe. Bei Letzteren kann man anhand der bisherigen Planung und der Basis einigermaßen hochrechnen, wie sie sich weiterentwickeln sollen. Bei den Gaskosten ist es ganz schwer: Wenn wir immer mehr Flüssiggas beziehen und immer weniger gasförmiges Erdgas, wie wir das bisher getan haben, dann werden die Kosten tendenziell eher wieder steigen und in dem Bereich von 40 bis 50 Euro liegen.

Für eine Wettbewerbsfähigkeit – erdgasbasierter Wasserstoff zu elektrisch hergestelltem Wasserstoff – bräuchte es Stand heute einen Faktor 3. Der Erdgaspreis müsste sich also verdreifachen, damit ich mit Wasserstoff wettbewerbsfähig wäre. Umso wichtiger ist es aber trotzdem, die Wasserstoffmengen hochzuziehen, damit der Preis runtergeht. Ich muss eben einen langen Atem haben, um das durchzuhalten. Mit Kleckermengen werde ich nicht auf die niedrigen Wasserstoffpreise kommen, die wir brauchen.

Wenn keiner Geld verdient und wir es nur irgendwie ans Laufen bringen wollen, liegen wir schon jetzt gar nicht mehr so weit auseinander. Wenn Erdgas nächstes Jahr nur noch 10 Euro kostet – in den USA kostet es noch weniger –, dann wird es mit der Wirtschaftlichkeit umso schwieriger. Die Frage lautet immer: Von welcher Basis gehen wir aus? Auf der durchschnittlichen Preisbasis von 35 Euro bis 40 Euro, würde ich sagen, bräuchte man Stand heute eine Verdreifachung.

Deswegen muss der Wasserstoffpreis runter. Dann reichen vielleicht schon um 50 % höhere Gaskosten, um den Break-even zu erreichen. Ich habe mal ein Pi-mal-Daumen-Rechnung gemacht: Da waren es ungefähr 20 oder 30 bis dieser Break-even kommt. Bis dahin muss aber auch die Infrastruktur und die Abnahmemenge vorhanden sein. Am Ende werden wir immer einen Mix brauchen. Es wird nie nur Wasserstoff, Elektrifizierung oder E-Fuels geben, sondern einen Mix von Technologien. Es war mir sehr wichtig, das einmal zu sagen.

Daniel Koch (Basell Polyolefine): Vielen Dank für die Frage, weil die europäische Perspektive in der Tat wichtig ist. Deshalb haben wir sie auch in unsere Stellungnahme aufgenommen.

Die EU-Kommission hat kürzlich eine neue Initiative mit dem Namen „Critical Chemical Alliance“ ins Leben gerufen. Wenn ich nicht falsch liege, war das sogar erst im Oktober dieses Jahres. Das Ziel dieser Initiative ist es, in Europa wettbewerbsfähige Chemie zur Versorgung mit Grundstoffen sicherzustellen. Da kommt vermutlich eine sehr große strategische Komponente mit hinein.

Die Arbeit soll im ersten Quartal 2026 aufgenommen werden. Aus unserer Sicht gehört NRW mit dem Chemiecluster, den wir hier betreiben, dringend dazu. Wir sind eine der großen Chemieregionen in Europa. Es gibt nicht so viele davon. Der Chemiecluster in Nordrhein-Westfalen hat bzw. hätte ein großes Gewicht. Deshalb empfehlen wir, dort einzusteigen, und zwar auch in einer sehr frühen Phase, in der man noch Akzente setzen und auf eine Entwicklung im Einklang mit der europäischen Entwicklung hinwirken kann.

Aus meiner Sicht können dort Themen aus dem Bereich der Energiepolitik und der Kreislaufwirtschaft eingebracht werden. Darüber haben wir heute meines Erachtens

auch schon ausreichend lange gesprochen. Sehr wichtig ist auch der Bereich der Innovation, weil diese eine der Stärken von NRW, Deutschland und Europa ist.

Stellv. Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank, Herr Koch. – Wir haben unser Zeitlimit langsam erreicht. Gibt es noch zwingend notwendige Fragen der Kollegen? Bei der SPD? – Nein. Grüne? – Nein. CDU? – AfD? Bei der FDP auch nicht. Dann sind wir am Ende der Anhörung. Ich möchte mich herzlich bei Ihnen bedanken. Wir haben sehr viele Fragen stellen können und sehr kompetente Antworten erhalten. Herzlichen Dank dafür, dass Sie uns heute hier zur Verfügung gestanden haben.

(Beifall von allen Fraktionen)

Damit ist diese Sitzung beendet.

gez. Dietmar Brockes
stellv. Vorsitzender

Anlage

22.12.2025/23.12.2025

Anhörung von Sachverständigen
des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

**NRW muss funktionieren – die Chemieregion Europas stärken,
Standortbedingungen verbessern, Wohlstand der Zukunft schaffen**
Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/15581

am Dienstag, dem 2. Dezember 2025
14.00 bis (max.) 16.00 Uhr, Raum E3 A02, Livestream

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Verband der Chemischen Industrie e.V. – VCI Landesverband Nordrhein-Westfalen Professor Dr. Winfried Golla Düsseldorf	Prof. Dr. Winfried Golla Jan Hinterlang	18/3197
Evonik Operations GmbH Technology & Infrastructure Thomas Basten Marl	Thomas Basten	
IG BCE Thomas Meiers Bochum	Ömer Kirli	18/3184
Basell Polyolefine GmbH Daniel Koch Wesseling	Daniel Koch	18/3186
Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH Dr. Christoph Sievering Wuppertal	Dr. Christoph Sievering	18/3202
Unternehmer NRW e.V. Alexander Felsch Düsseldorf	Alexander Felsch	18/3216

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Wirtschaftsverband Fuels und Energie e.V. Simon Jastrzab Berlin	Simon Jastrzab	18/3198